

Der

Ausgabe **10**
Herbst 2002

Störenfried

- unabhängig & unerbittlich -

Spendenpreis: 0,80

Magdeburg sagt

Danke!

Mit einer Dankeschön-Party am 1. September 2002
in Stadtfeld bedankte sich die Stadt Magdeburg bei allen
freiwilligen Helfern, insbesondere beim "Ulrike"-Hilfstrupp.



Die 10. Ausgabe des Störenfrieds 4

Ein kurzes Resümee.

“Ulrike” geräumt! 8

Eine Chronik

Wählen gehen oder nicht? 18

Argumente pro und kontra.

Asylrecht ist Menschenrecht und kein Privileg 21

Karawane in Magdeburg

Carlo Giuliani – einfach nicht tot zu kriegen 22

Pax Bavaria 24

Chaostage in München!?

Aufruf zu Morddrohungen 25

Dessauer Neonazis machen mobil.

Die Unmöglichkeit in Israel den Kriegsdienst zu verweigern 26

Kriegsdienstverweigerung in Israel

Sie haben die Wahl... 30

Demokratie im StuRa der OvG-Uni

Folgenreiches Hochwasser... 32

Nazis - Stadtfeld 1:0 33

Den ersten Schritt wagen! 34

Globaler Anti-McDonald's-Tag

Reiseberichte 36

Einfach verrückt 40

*Eine haarsträubende
Geschichte*

aif - indymedia für Sachsen-Anhalt 44

Selbstdarstellung

Harry Mulisch: “Das Attentat” 45

Buchkritik

Spassguerilla 48

Termine 52

Zu diesem Heft

Womit wohl keineR so richtig gerechnet hatte, wurde Realität: ihr haltet die erste Jubiläumsausgabe des Störenfriedes in Euren Händen. Ihr dürft jetzt Eure Glückwünsche vorbringen, der Verkäuferin die Hände schütteln oder der Redaktion einen ausgeben! Zwar haben wir's noch nicht auf die Reihe bekommen, ein Jubiläums-Pressfest auf die Beine zu stellen, aber das werden wir sicher nachholen, wenn Nummer 20 raus ist (vielleicht zusammen mit dem 50. Sündenbock?). Jedenfalls wird es wieder einen Solisampler mit Beiträgen diverser, uns wohlgesonnener Bands geben. Den könnt ihr auf unseren Veranstaltungen erwerben und damit einen Beitrag leisten, unser chronisches Defizit zu verringern. Dieses ist mit dieser Ausgabe wieder ein ganzes Stück gewachsen - als konsequente Gegner jeglicher Marktlogik haben wir mit der Seitenzahl (inzwischen auf 56 gewachsen) zwar unsere Kosten erhöht, den Verkaufspreis aber um 20% gesenkt! Ok - es ist nicht unbedingt unser Widerstand gegen das System, das uns zu diesem Schritt veranlasst hat - uns sind doch desöfteren Klagen zu Ohren gekommen, dass mit dem Preis von 1 Euro so manche Schmerzgrenze erreicht wurde. Wir hoffen, dass sich - wie in der Vergangenheit auch - die Betuchteren unter Euch nicht lumpen lassen, und den Preis an ihre sicher höher liegende Schmerzgrenze anpassen. Ein er-

stes Resümee unseres unermüdlichen Wirkens für eine linke Gegenöffentlichkeit in MD könnt ihr auf den nächsten Seiten lesen.

Das eine solche sehr notwendig ist, zeigt auch die zuweilen tendenziöse Berichterstattung in der „Volksstimme“. Mit einer solchen hat sie sich gerade im Falle der Räumung der „Ulrike“ hervorgetan - diesen Eindruck konnten auch einige kritisch-solidarische Leserbriefe nicht mehr wettmachen. Wie auf unserem Hefttitel unschwer zu erkennen, liegt der Schwerpunkt unseres Heftes bei diesem Thema. Mit Sicherheit ist das aber nicht das letzte Wort zum Thema gewesen - wir hoffen, in unseren nächsten Ausgaben Erfreulicheres berichten zu können.

Ansonsten haben wir diesmal zwei kontroverse Diskussionsbeiträge zum Sinn oder Unsinn der Wahlen, diverse Berichte von linksradikalen UrlauberInnen und erstmals auch eine kleine Geschichte aus dem Alltag des „kleinen Mannes“ aus einer kleinen Landeshauptstadt - auf das daraus ein Fortsetzungsroman wird!

Wir hoffen, dass auch in Zukunft Eure Schreibwut anhält bzw. endlich mal geweckt wird...

Es grüssen:

die Störenfriede.



Auch wir danken unseren Helfern und Helferinnen!

Die 10. Ausgabe des Störenfrieds

Ein kurzes Resümee

Ihr haltet gerade die zehnte Ausgabe des Störenfrieds in den Händen – Zeit für ein kurzes Resümee. Als erstes positives Faktum wäre da festzustellen, dass es die Zeitung überhaupt noch gibt. Das ist durchaus nicht so selbstverständlich, nicht nur einmal stand das Projekt "Störenfried" kurz vor dem Ende. Das scheint aber in den heutigen Zeiten schon normal zu sein. (Selbst unsere große „Schwester“, die FAZ, hat mit roten Zahlen zu kämpfen - wie jüngst zu lesen war.) Die linke Szene hat eine lange Durststrecke hinter sich und beginnt jetzt erst wieder mit dem Aufkommen der Globalisierungsproteste langsam neuen Boden unter den Füßen zu verspüren. Unser Vorgänger, das "Subito" hat es gerade mal auf 5 Ausgaben gebracht und viele der lokalen linken Blätter Sachsen-Anhalts haben in den letzten Jahren aufgegeben (so der Subbotnik aus Halle, der Alzheimer aus Dessau oder auch "Harte Zeiten"...). In Magdeburg hingegen gibt es sogar noch ein zweites linkes Zeitungsprojekt – den "Sündenbock", der inzwischen auf die Nummer 20 zusteuert.

Während letzterer nach unserer Einschätzung mehr Fanzine-Charakter hat und sich hauptsächlich an die Szene selbst wendet, war unser Anspruch, über die Szene hinaus LeserInnen zu finden. Diesen Anspruch einzulösen, ist uns aber bisher nur ansatzweise gelungen. Lediglich im persönlichen Freundeskreis der ZeitungsmacherInnen konnte das eine oder andere Heft an den Mann bzw. die Frau gebracht werden.

Unser Hauptproblem war und ist der Vertrieb. Wir hatten gleich zu Beginn versucht, in verschiedenen Veranstaltungsorten

Hefte und Spendenbüchsen auszulegen – i.d.R. ohne Erfolg. Meist waren die Hefte zwar weg, dafür aber kein Geld in der Büchse. Es kam auch vor, dass – wie in der Feuerwache – die Hefte unter dem Ladentisch verschwanden und daher "leider, leider" keiner das Heft kaufen konnte bzw. wollte. Andere lehnten unser Ansinnen, die Hefte nebst Spendenbüchse auszulegen rundweg ab. Regelmässig zu erwerben ist das Heft im "Hot Rats", im Café „Frösi“ an der FH, im Thiembucktu bzw. im Archiv selbst. Die meisten Hefte werden aber bei Aktionen und Veranstaltungen verkauft. Da wir im letzten Quartal aber nur selten eigene Veranstaltungen auf die Beine gestellt bekommen haben, war die verkaufte Auflage ziemlich gering.

Zur diesjährigen Frühjahrsausgabe wollten wir uns dieses Problem annahmen und starteten eine "Werbekampagne". Wir haben alle uns bekannten lokalen Gruppen von Merseburg bis Salzwedel ange-mailt und um WiederverkäuferInnen und Artikel/Berichte geworben. Die Reaktion war gleich Null. Wir hatten zwar nicht darauf gehofft, nun unsere Auflage verdoppeln zu können und von Artikeln überschwemmt zu werden, aber mit einer solchen Ignoranz haben wir nun doch nicht gerechnet. Ähnlich erging es uns beim Versuch, die Hefte auf diversen Veranstaltungen zu verticken. So z.B. beim Ostermarsch in Gardelegen. Die meisten der dort Versammelten wollten sich das Heft noch nicht mal anschauen, geschweige denn kaufen. Ist zwar unverständlich, warum sich Leute, die vorgeben, andere Menschen von ihrem Anliegen zu überzeugen, noch nichtmal neugierig darauf sind,

was sonst noch so in ihrer Gegend passiert. Anders hingegen ist es bei diversen Camps, wo die Störenfriede i.d.R. ganz gut weggingen.

Schön war auch die Reaktion der Magdeburger Kammerspiele auf eine Theaterrezension, deren Pressesprecher uns daraufhin Freikarten angeboten hat oder die auf einen Konzertbericht der "Schnitter", die uns für eine Plattenkritik eine Vorab-CD zur Verfügung stellten.

Was die inhaltliche Seite angeht, so haben wir oft das Problem, dass es zwar - in letzter Zeit zumindest - immer genügend Artikel zur Verfügung stehen, aber eben oft nicht zu den Themen, die unserer Meinung nach im Heft behandelt werden sollten. Die Leute, die Aktionen durchführen (und das sind ja durchaus nicht so wenige) schicken i.d.R. einfach keine Berichte. Meist führt das dazu, dass wir kurz vor Redaktionsschluss hektische Überlegungen anstellen, was denn nun im letzten Quartal so gelaufen ist und wer sich noch an die Einzelheiten erinnern kann bzw. einen kennt, der...

Oft bleiben da wichtige Sachen auf der Strecke, was eigentlich sehr schade ist. Die Zuarbeit von anderen Gruppen klappt meist auch nur sporadisch. Zwar gibt es auch da Ausnahmen (z.B. AntiCastorNetz und früher mal jd/jl), aber insgesamt muss man den meisten Leuten wegen aktuellen Terminen, Berichten usw. immer hinterher-

mailen, -telefonieren und ständig rumnerren, damit überhaupt was überkommt.

Auch hatten wir ursprünglich feste Rubriken, mussten dieses Konzept aber aufgeben, da wir es einfach nicht durchhalten konnten. So wollten wir in jeder Ausgabe eine Konzert/Theaterkritik und einen Artikel zu einem historischen Thema mit lokalem Bezug bringen. Das ging zwar eine ganze Weile gut, im letzten (und auch diesem) Heft konnten wir aber wieder nichts derartiges bringen. Der Grund liegt einfach in der fehlenden Zeit. Material und The-



men gibt's zu Hauf. So könnte man mal die diversen Antifaschisten vorstellen, nach denen heute noch in MD einigen Strassen benannt sind (z.B. Schellheimer, Danz...). Auch war Magdeburg früher mal eine Hochburg der ArbeiterInnenbewegung, die nicht nur Stalinisten und Sozialdemokraten hervorbrachte. Da gibt es sicher noch so manchen Schatz zu heben - das kostet zwar einige Zeit in Archiven usw., ist aber hochinteressant, gerade eben durch die lokalen Bezüge.

Trotz aller Schwierigkeiten waren wir aber bei den letzten Heften gezwungen, die Seitenzahl zu erhöhen und zwar von ursprünglich 40 auf 48 und im letzten

Heft dann 52 Seiten. Das vorliegende Heft bringt nun wieder 4 zusätzliche Seiten. Und wenn eingangs von der zehnten Ausgabe die Rede war, ist das eigentlich nicht richtig. Denn zwischendurch gab es noch eine Sonderausgabe zum Afghanistan-Krieg. Dank unseres Korrespondenten vor Ort, Willy Kemmer, der als Arzt des "Hammerforums", einer Ärzte-Hilfsorganisation, vor Ort arbeitet, konnten wir mit ungefilterten Informationen direkt vom Kriegsschauplatz aufwarten.

Unser Ziel, eine inhaltliche Diskussion unter den Gruppen in MD anzustossen, ist uns auch nur selten gelungen. Zwar gab es mal Ansätze, insgesamt wird der Störenfried als Diskussionsforum kaum genutzt. Generell nervt die Reaktionslosigkeit am meisten. Direkte Reaktionen an den Störenfried gibt es so gut wie nie (immerhin hatten wir aber schon mal einen Leserbrief!), ab und an kann man auf div. Ver-

anstaltungen oder Feten von Leuten was hören, vor allem, wenn bestimmte Leute kritisiert wurden oder sich falsch dargestellt sahen. Schön wär's, wenn solche Themen mal direkt miteinander erörtert würden. Der Leser oder die Leserin sei hiermit aufgefordert, uns seine/ihre Meinung zum "Störenfried" zu schreiben, zu sagen... Und generell würden wir uns wünschen, wenn es eine verlässliche Zusammenarbeit gibt und der Störenfried doch noch zu einem Gemeinschaftsprojekt mehrerer Magdeburger Gruppen wird – momentan ist er realistisch betrachtet immer noch die Zeitung des Blauen Welt Archivs. In diesem Sinne – haut in die Tasten!

Da wir annehmen, dass die wenigsten unser Selbstverständnis, das bisher nur auf unseren Internetseiten veröffentlicht haben, kennen, drucken wir es auf den folgenden Seiten ab.

Der Störenfried – unser Selbstverständnis

Der Störenfried ist eine derzeit vierteljährlich erscheinende Zeitung des Blauen Welt Archivs in Magdeburg. Unser Ziel, das wir mit der Herausgabe des Störenfrieds verbinden, ist es, in den herkömmlichen Medien wenig präsente Informationen zu verbreiten bzw. in den Medien präsente Ereignisse kritisch zu beleuchten.

Wir wollen dabei in erster Linie Menschen aus unserer Region erreichen, denn das sind die Menschen, mit denen wir in unserer täglichen Arbeit zu tun haben. Wir möchten möglichst viele Menschen dazu motivieren, politisch aktiv zu werden.

Gleichzeitig dient der Störenfried dazu, für eigene Veranstaltungen und die anderer regionaler Gruppen zu werben. Allerdings möchten wir kein Szene-Fanzine produzieren, sondern eben auch politisch interessierte Leute erreichen, die mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden sind, aber – aus welchen Gründen auch immer – bisher selbst nicht aktiv geworden sind. Uns ist aber auch klar, dass wir Otto Normalbürger derzeit kaum erreichen können, sondern eben vor allem "anpolitisierte und/oder junge Leute" wohl am ehesten in als LeserInnen unserer Zeitung in Frage kommen.

Inhaltlicher Schwerpunkt sollen dabei Ereignisse/Aktionen sein, die in unserer Region gelaufen sind sowie Kommentare und Einschätzungen zu aktuell-politische Themen. Gleichzeitig wollen wir in jeder Ausgabe ein, max. zwei politische Hintergrundartikel bringen, um unserem Anspruch der Förderung von politischer Bildung gerecht zu werden. Diese können im Idealfall Hintergrundinformationen zu Veranstaltungen im Archiv liefern. Ausserdem möchten wir die zu meist verschollenen widerständigen Traditionen aus unserer Gegend aufdecken, indem wir Be-

richte über Menschen und/oder Organisationen bringen, die hierzulande gegen politische Repression und soziale Unterdrückung aktiv geworden sind.

Da der Sozialismus (oder wie auch immer die Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem heißen soll) letztendlich eine Kulturfrage ist, wollen wir auch in jeder Ausgabe Berichte von Konzerten/Kulturveranstaltungen in MD und anderswo, Plattenkritiken oder das eine oder andere Gedicht bringen.

In jeder Ausgabe gibt es auch eine aktuelle Zeitschriftenschau, vornehmlich über die im letzten Quartal im Archiv eingetrudelten Zeitungen und Zeitschriften, um Euch Anregungen zur Lektüre zu geben. Ebenso wollen wir wichtige (mehr oder weniger) aktuelle Bücher vorstellen. Aber auch Reiseberichte, die einen kritischen Blick für die politische und soziale Situation im bereisten Lande erkennen lassen, werden wir veröffentlichen.

Wir sind immer daran interessiert, unsere Zeitung auf eine breitere Basis zu stellen. Wenn es also Gruppen oder einzelne Menschen in der Region gibt, die sich an unserem Projekt *verbindlich* beteiligen wollen, sind sie jederzeit herzlich dazu eingeladen. (Wir sind natürlich auch erfreut über unregelmässig eintrudelnde Berichte von Leuten, die für eine Mitarbeit in der Redaktion ansonsten keine Zeit oder Lust haben – nur sollten zugesagte Sachen dann auch wirklich erledigt werden.) Auch können interessierte Gruppen in unserer Zeitung ihr Anliegen und ihre Arbeit vorstellen.

Vor allem wäre es für uns hilfreich, wenn wir auch in Orten der Region ausserhalb von Magdeburg Leute hätten, die uns mit Infos zu dort gelaufenen Aktionen oder Ereignissen beliefern würden. Das müssen nicht immer ausgefeilte Artikel sein, wichtig ist es vor allem, dass eben Sachen, die z.B. in der "Magdeburger Volksstimme" nicht oder sehr einseitig dargestellt wurden, dadurch eine – wenn auch kleine – Öffentlichkeit erreichen. Denn oft hat mensch den Eindruck, dass hierzulande gar nix passiert, was aber meist so nicht stimmt.

Und wenn jemand nix schreiben will oder kann – auch am Vertrieb unserer Zeitung in anderen Orten, sei es ein Freundeskreis, ein Jugendclub o.ä. – sind wir interessiert. Falls eure finanziellen Mittel zu begrenzt sind, die jeweiligen Hefte gleich zu bezahlen, können wir Euch die Kosten für die ersten Hefte auch vorstrecken. Spätestens die nächste Ausgabe solltet ihr dann aber mit den Einnahmen aus dem Heftverkauf der vorigen finanzieren. Bitte denkt aber immer daran, dass auch für uns der Störenfried ein Zuschuss-"Geschäft" ist. Der Preis von 0,80 Euro deckt nicht einmal die Kopierkosten.

Klar sollte aber bei einer Mitarbeit sein, dass wir uns nicht vor der Karren irgendeiner Partei spannen lassen. Ebenso haben wir kein Verständnis und schon gar keine Platz im Heft für politische Richtungen, die sich auf Stalin, Mao & Konsorten als Gurus einer gerechteren Gesellschaftsordnung beziehen. Aber wir möchten auch keine Flugblattsammlung herausgeben. Wir behalten uns vor, bestimmte Artikel, die aus den verschiedensten Gründen uns nicht mit unseren Zielen als vereinbar erscheinen, nicht zu veröffentlichen. Das kann ganz simple Gründe haben – etwa weil wir mehrere ähnlich geartete Artikel zum selben Thema haben (die erscheinen dann aber i.d.R. auf unseren Internetseiten), aber auch wenn sie einfach schlecht recherchiert sind und vor allem, wenn rassistische oder sexistische Inhalte enthalten sind. Wir werden in solchen Fällen – besonders da solche Bewertungen ja meist strittig sind – immer versuchen, im persönlichen Kontakt mit dem Autor oder der Autorin etwaige Mißverständnisse auszuräumen. Ebenso werden wir schlecht geschriebene Artikel, die uns dennoch veröffentlichenswert erscheinen, entsprechend nachbessern und u.U. auch Kürzungen vornehmen.

Also, wer Lust hat, sich an unserem Zeitungsprojekt zu beteiligen, der oder die schreibe an die Adresse auf der letzten Umschlagseite.

“Ulrike” geräumt!

Wer den Staat von links kritisiert, verliert das Wohnrecht.

Die Hauptverkehrsader von Magdeburg Stadtfeld, die Große Diesdorfer Straße, war abschnittsweise völlig gesperrt, kein Auto, keine Straßenbahn, kein Fußgänger konnte für Stunden passieren. Eine Hundertschaft der Polizei umstellte die beiden Gebäude in der Diesdorfer 15. Ein maskiertes Sondereinsatzkommando stürmte mit gezogener Waffe in die Wohnungen, sicherte Zimmer für Zimmer. Man denkt an eine Geiselnbefreiung oder an die Festnahme von Schwerverbrechern.

Am 1. September hat die Magdeburger Polizei das besetzte Haus und politische Zentrum “Ulrike” in der Großen Diesdorfer Str. 15 geräumt. 30 junge Menschen wurden auf die Straße gesetzt, die männlichen Bewohner vorerst festgenommen. Das Gebäude wurde verschlossen und noch Tage später durch Polizei bewacht. Der Stadtfrieden ist wieder hergestellt, denn: 30 junge Menschen sind ob-

dachlos geworden. Ein weiteres Gebäude steht in Magdeburg leer. Ein politisches, soziales und kulturelles Zentrum wurde zerstört. Warum? Weil nicht sein kann, was nicht sein darf? Haben sich politische Hardliner hier einen persönlichen Orgasmus verschafft, von dem sie schon lange geträumt haben? Weil grundsätzliche Kritik am Staat auch in einer “Demokratie” nicht geduldet werden kann? Und wenn dies auch nicht so direkt gesagt wird, dann sagt es der Staat seinen Kritikern eben anders.

Wer direkt hinter der Aktion steht, lässt sich im undurchsichtigen Machtgeflecht aus Politik, Justiz und Exekutive schwer ausmachen. Hat die neue CDU-Landesregierung damit ein Wahlversprechen der letzten Landtagswahl eingelöst, Hausbesetzungen nicht zu dulden? Das haben auch die Faschisten im Februar diesen Jahres gefordert, als sie durch

Stadtfeld marschierten und auf Höhe der “Ulrike” skandierten: “Antifa verbieten” und “Ulrike räumen”. Ihre Forderung ist nur verständlich, denn wenn den rassistischen Übergriffen und den faschistischen Umtrieben in der in die Schlagzeilen gekommen Stadt etwas entgegengesetzt wurde, dann vor allem von hier aus. Die gemeinsame



Die Festnahme der Delinquenten.

Themen-Schnittmenge von Neonazis und der CDU enthält genau die Nazi-Forderung: ein hartes Vorgehen gegen politische Gegner: AntifaschistInnen und Linksradikale. Der 1994 bei den Herrentagskrawallen in Magdeburg amtierende Polizeichef – von der regierenden CDU/FDP-Landesregierung eingesetzt – machte keinen Hehl aus seinen Sympathien für die gewalttätigen Neonazis.

Vielleicht sitzen die Verantwortlichen auch im von der SPD besetzten Rathaus. Möglicherweise wollte die Partei vor der Bundestagswahl noch ein paar Stimmen aus dem Lager der Sicherheits- und Ordnungsfanatiker abfassen. Vielleicht gibt es einen Staatsanwalt oder einen Richter, der dem ehemaligen Hamburger Richter "Schill" nacheifern will. Oder doch die Bullen? - Wer auch immer die Durchsuchung der "Ulrike" vorangetrieben hat, es war nicht - wie gerne von der Polizei so dargestellt – eine spontane Durchsuchung nach Straftätern oder Tatgegenständen mit anschließender Räumung aufgrund brandtechnischer Mängel. Dagegen sprechen auch mehrere konkrete Hinweise auf eine bevorstehende Räumung während der vorangegangenen Wochen.

Nach Schließung des besetzten Hauses "U8", in der Uhlandstr. 8 in Magdeburg Stadtfeld Ende der 90er – die übrigens bis heute immer noch verschlossen ist – wurde vor zwei Jahren das leerstehende Vorder- und Hinterhaus in der Diesdorfer



Schwere Technik für Schwerverbrecher?

Str.15 durch eine jüngere Generation besetzt, bewohnt und genutzt.

Betriebswirtschaftlich gesehen ist die Diesdorfer 15 nichts weiter als runtergekommene Altbausubstanz inmitten von Altbausubstanz in einer Stadt mit 20% Wohnungsleerstand und vergleichsweise tiefen Mietpreisen. Kein Einzelfall in Magdeburg, denn die Stadt nagen wirtschaftliche Probleme, Unattraktivität und damit die Abwanderung ganzer Generationen.

Bei einer Arbeitslosenquote von offiziell ca. 25%, geringen Löhnen, hohem Leerstand und gleichzeitig rigiden Sparanweisungen auf den Sozial- und Wohnungsämtern muß man sich eigentlich fragen, warum nicht viel mehr Menschen auf die Idee kommen, leerstehenden Wohnraum zu besetzen.

Die Eigentümer des Gebäudes in der Großen Diesdorfer Str.15 sind nicht weniger als 20 Erben, die überall auf der Welt verstreut wohnen und ohne Nutzungskonzept für das Gebäude die letzten Jahre wohl einfach nur darum stritten, wie sich dieses materielle Erbe bei den verschie-



Leider kein Szenefoto aus dem letzten Polizeiruf - die „Spurensicherung“ im Anmarsch.

denen Interessen aufteilen lässt. Die kostenlose Nutzung des verwaorsten Gebäudes wurde geduldet.

Das einzige besetzte Haus in der Stadt entwickelte sich schnell zum wichtigsten linken politischen Zentrum, zum wichtigen kulturellen Zentrum, zum Anziehungspunkt für junge, gegenüber dem Staat kritisch eingestellte Leute. Aber auch zum Anziehungspunkt für junge Leute, die bei den Eltern nicht mehr wohnen konnten, die kein Geld für ein Zimmer und kein Bock auf's Amt hatten, oder die durch ihre Kultur in einem bürgerlichen Hauseingang nur Ärger gehabt hätten. Auch für Leute, die sich zu Punk, zu linker oder was auch immer für einer Subkultur zugehörig fühlten, wegen der politischen Inhalte, wegen der Musik oder des Lebensstils. Für die in diesem Staat kein Platz vorgesehen ist, oder die ihren Platz in diesem System gar nicht suchen.

Vielen Nachbarn war das nur Recht, wenn diese etwas anderen Leute unter sich blieben, und das vom Verfall be-

drohte Haus wenigstens bewohnt und instand gesetzt wurde. Ein Ehepaar aus der Nachbarschaft meinte dazu: "Sollen die Politiker mal für bezahlbaren Wohnraum sorgen." und auf die Frage, ob öfters Probleme gibt: "Die waren mal zu laut. Da ist mein Mann runter und hat die gebeten, leiser zu machen. Das haben die gemacht. Nee, uns haben die nicht gestört."

Anfang des Jahres verlangte der Hausverwalter vom einzigen im Haus mit Vertrag wohnenden Mieter eine höhere Miete, grundlos, denn für das Geld wurden im Gegenzug keine Verbesserungen angekündigt. Ein Widerspruch des Mieters dagegen lieferte dem Verwalter einen Kündigungsgrund. Damit war das Haus zum Frühjahr "offiziell" leer. Dem kommunalen Energie- und Wasserversorger "SWM" bot sich damit die Möglichkeit, im besetzten Haus Strom und Wasser abzustellen. Das Unternehmen war in der Vergangenheit nie bereit, Verträge mit den BewohnerInnen abzuschließen, verschickte letztendlich aber trotzdem eine

hohe Rechnung mit aus der Luft gegriffenen Forderungen. Geld stinkt bekanntlich nicht. Im August wurde dann von der SWM der Strom abgeklemmt; es wurde zumindest angekündigt, auch das Wasser abzdrehen. Ab jetzt war es ungemütlich im Haus. Die verbliebenen BewohnerInnen suchten das Gespräch mit der SWM, andere suchten eine neue Bleibe und zogen erst einmal zu Freunden. Eine halbvolle "Ulrike" bedeutet für die Polizei nur halbe Arbeit. Wer auch immer das politische Haus weghaben wollte, sollte jetzt nicht zögern:

Nach außen sollte alles so aussehen wie eine "ganz normale Durchsuchung" - zur Fahndung nach Straftätern und Beweismitteln. Der Polizei lag ein Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichtes Magdeburg wegen schwerem Landfriedensbruch und Körperverletzung vor. Als Durchsuchungsgrund wurden zwei gewaltsame Auseinandersetzungen angeführt, die zwischen Linken und Neonazis in der Nacht zuvor stattgefunden hätten. Darüber wundert sich niemand, verwundern würde es,

wenn es keine Gewalt gäbe. Eine Auseinandersetzung fand in der Hallischen Straße statt (gehört jetzt zu Stadtfeld) und eine direkt vor der "Ulrike". Nach der zweiten Auseinandersetzung sollen die angeblichen Angreifer in das Haus geflüchtet sein. Diese Version hat die Polizei wohl von den beteiligten Neonazis erfahren. Die andere Seite und unabhängige Zeuginnen wurden nicht befragt. Ein Anwohner, der die Situation beobachtet hat, bestreitet die Version von Nazis und Polizei, es hätte sich um einen Angriff aus dem Haus gehandelt. Vielmehr hätten sich einige Leute vor dem Haus gegen einen Neonazi-Angriff gewehrt. Wenn das wahr sein sollte, haben die Neonazis damit allein durch ihre dumme Gewalt und mit anschließender staatlicher Hilfe einen Erfolg errungen. Bei keiner der Auseinandersetzungen wurden von der Polizei Personalien von beteiligten Linken aufgenommen. Soviel Nicht-Wissen scheint auszureichen, einen Durchsuchungsbefehl für das Haus zu kriegen, das auf der Durchsuchungswunschliste sicherlich



Nach der Räumung - Leben auf der Strasse?



Das Ergebnis polizeilicher „Ermittlungen“.

ganz oben stand. Hätten nicht irgendwelche Ereignisse in der Nacht zum 01.09.02 einen Grund geliefert, dann wären vielleicht irgendwelche Hooligans beim nächsten FCM-Heimspiel vor der „Ulrike“ angegriffen worden oder irgendwelche Neonazis beim nächsten Aufmarsch. Irgendeinen Richter, der die Polizei-Wunsch-Version gerne glauben möchte und die Durchsuchung absegnet, kennt man sicher auf dem Revier, und irgendeine Gefahr ist immer „im Verzug“.

Obwohl die Durchsuchung der „Ulrike“ offiziell Tatwaffen und Verdächtige sicherstellen sollte, wurde das gesamte Haus ziellos durchsucht, u.a. auch nach Drogen. Körbweise wurden persönliche Unterlagen der BewohnerInnen nach draußen getragen.

Offensichtlich suchte die Polizei im Haus wenigstens nach einer anderen Rechtfertigung für die Durchsuchung, als die wahrscheinlich haltlosen Vorwürfe der Neonazis.

Selbst die Fahrräder der BewohnerInnen wurden durch die Polizei beschlag-

nahmt, um deren Herkunft zu klären. Auch Molotow-Cocktails seien gefunden worden, gibt die Polizei der Presse etwas kleinlaut weiter. Tatsächlich fand man Benzin neben einem Stromgenerator sowie leere Flaschen in anderen Räumen. Die BewohnerInnen fühlen sich durch den martialisches Einsatz und diese Art der Öffentlichkeitsarbeit der Po-

lizei in der Lokalpresse zu Unrecht kriminalisiert.

Nach der Durchsuchung wurde das Ordnungsamt in das Gebäude geschickt. Die Behörde hat das Gebäude wegen „Brandgefahr“ geschlossen. Noch im Frühjahr diesen Jahres war bei einer gemeinsamen Begehung durch Feuerwehr und Ordnungsamt keine Brandgefahr erkennbar. Es kann daher bezweifelt werden, dass das Ordnungsamt hier eine unabhängige Entscheidung gefällt hat. Vielmehr drängt sich der Verdacht auf, dass die Behörde entgegen ihrer Richtlinien das Gebäude nicht wegen Brandgefahr geschlossen hat, sondern willkürlich auf politischen Druck gehandelt oder der Polizei einen Gefallen getan hat.

Die in Gewahrsam genommenen BewohnerInnen wurden in der Nacht zum Montag wieder freigelassen. Vier Wochen nach der Durchsuchung wurden noch keine Anklageschriften gegen Tatverdächtige wegen der Durchsuchungsvorwürfe verschickt. Der auch von den BewohnerInnen geäußerte Vorwurf, daß die um-

strittenen Vorfälle in der Nacht zum 1. September von der Polizei lediglich als Vorwand für eine seit längerem geplante Durchsuchung benutzt wurden, scheint sich damit zu bestätigen.

Wenige Tage nach der Räumung haben die obdachlos gewordenen BewohnerInnen in der Nacht zum 4. September erneut den Versuch unternommen, ein leerstehendes Haus zu besetzen. Sie verschafften sich Zugang zu einer ehemaligen Flüchtlingsunterkunft, ebenfalls in der Großen Diesdorfer Straße. Die BesetzerInnen hängten noch in derselben Nacht Transparente aus dem Fenster. Die Polizei war damit schnell alarmiert und räumte das Gebäude kurze Zeit später.

Die ehemaligen "Ulrike"-BewohnerInnen haben damit deutlich gemacht, dass sie auch weiterhin in einem Haus zusammen leben wollen: "Wenn uns die Stadt Magdeburg keine legale Perspektive als Hausprojekt bietet, werden wir wieder besetzen..", so ein Bewohner. Die Widerstände in der Stadt gegen ein Haus mit

Nutzungsvertrag sind trotz des Drucks, den die BesetzerInnen mit Demonstrationen, Sleep-Ins vor dem Rathaus und Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut haben, unerklärlich hoch. Der Verhalten von Stadt und Polizei in der Landeshauptstadt unterscheidet sich tatsächlich von anderen sachsen-anhaltinischen Städten wie z.B. Halle oder Dessau. In Halle z.B. gibt es mehrere ehemalige besetzte Häuser, für die die BewohnerInnen irgendwann Nutzungsverträge erhalten haben. Auch in Dessau war das möglich. Die Magdeburger Besetzungen in der Friesenstraße, Rabestraße, Uhlandstraße und der Großen Diesdorfer Straße wurden grundsätzlich geräumt oder anders aufgelöst. Es ist zu hoffen, dass den BesetzerInnen die Puste nicht ausgeht und dass die Stadt endlich das bekommt, was sie verdient: bunte Farbkleckse, alternatives Leben und am besten viele, viele Hausprojekte.

H.S.



CDU-Chef hetzt

Bernburgs CDU-Vorsitzender Marsch hat wieder mal aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht und das Bernburger Asylbewerberheim freimütig als „Bazillenmutterschiff“ bezeichnet. Daraufhin hat der Ausländerbeauftragte Sachsen-Anhalts, Piening (Grüne), Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt. Quelle: ap

Freie Fahrt für freie Menschen

In der Nacht zum 31. Juli 2002 wurden im Stadtgebiet Halle und Merseburg ca. 30 Fahrscheinautomaten (von insgesamt 59 im Einzugsbereich der Halleschen Verkehrs-AG HAVAG) mit Aufklebern versehen, welche die Automaten als defekt auswiesen und den Fahrgästen die kostenlose Nutzung der Verkehrsmittel anboten. Außerdem wurden einige der Automaten mittels Klebstoff vorübergehend „aus dem Verkehr gezogen“.

In einer Erklärung bekannten sich „autonome“ zu dieser sozialen Maßnahme. Begründet wurde diese Aktion gegen das Unternehmen HAVAG mit der stetigen Fahrpreiserhöhung in den letzten Jahren und der Streichung von kostengünstigen Angeboten und Strecken. Längst sei die Schmerzgrenze überschritten – für viele ist es inzwischen nahezu unmöglich geworden, sich mit der Bahn „legal“ im Stadtgebiet zu bewegen. Gegen „Schwarzfahrer“ wird mittels Verfahren und hoher Bußgelder unverhältnismäßig vorgegangen.

Gleichzeitig verschwende die HAVAG eine Menge Geld darauf, sich ein sauberes, sicheres und elitäres Image zu geben. Private Sicherheitsdienste, repressive Kontrollmethoden, die Anschaffung immer neuer und „besserer“ Bahnen und

die Installierung von Fahrkartenautomaten nur für Geldkarten sind einige Beispiele.

Vor einem halben Jahr begann die HAVAG zudem „testweise“ die Überwachung ihrer Bahnen mit Videokameras. Vorgeblich, um Drogendealern und Vandalismus auf die Spur zu kommen und das Sicherheitsgefühl des Bürgers zu stärken. Die HAVAG trägt somit dazu bei, bestimmte Menschengruppen zu stigmatisieren und kriminalisieren.

Die privatwirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Maßnahmen der Halleschen Verkehrs-AG gehen somit auf Kosten der Mobilität und der Freiheit der Bevölkerung.

Die AktivistInnen hoffen, dass sich auch anderswo Menschen und Gruppen mit eigenen Aktionen ihren Forderungen nach De-installation aller Kameras, kostenlosem Personennahverkehr und der Rücknahme der jüngsten Streckenkürzungen sowie für die Ausweitung des Spät- und Nachtverkehrs und die Löschung der Schwarzfahrerdateien anschließen.

Zu dem wirtschaftlichen Schaden, den die HAVAG zu verzeichnen hatte, kommen noch ganz praktische Erfolge dazu. So wurden Monatskarten um 5 Tage verlängert, bei Schwarzfahrern musste die HAVAG von einer Bestrafung absehen, wenn sich die betreffende Person auf die Aufkleber berief. Dass die Aktion wirksam war, zeigt auch die Reaktion der HAVAG, die 5000 Euro auf die Ergreifung der Täter aussetzte.

Fischer mit Panzer empfangen

Am Abend des 11.08. empfangen AktivistInnen den Bundesaussenminister Joschka Fischer mit einem Panzer mit

der Aufschrift „sponsored by: GRÜNE“ auf dem Alten Markt in Magdeburg. Dort hielt das laut Umfragen derzeit populärste Regierungsmitglied eine „Gross-Kundgebung“ ab. Offensichtlich schien das aber ausser ein paar AktivistInnen kaum jemanden zu interessieren.



Der Panzer, der für die Kriegspolitik der Partei Bündnis 90/Die Grünen steht, wurde schon auf der Fahrt zum Ziel von Polizeikräften Stück für Stück demonstert. Zuerst wurde das Gestell „zur Gefahrenabwehr“ konfisziert. Auf dem Alten Markt wurde das Gefährt dann auf Geheiss der VeranstalterInnen des Platzes verwiesen. Vorher hatten aber noch jede Menge Menschen und Medien Gelegenheit, das Gefährt zu betrachten.

„Wir protestieren damit gegen die kriegerische Aussenpolitik der Grünen und der SPD“, sagte eine SprecherIn der AktivistInnen. „Jeder Krieg ist menschenverachtend. Alle Armeen gehören abgeschafft, jegliche militärische Aktion von

Staaten wie der BRD geächtet. Das waren einst auch die Forderungen der Grünen.“

Unter Führung der Partei...

...hingegen werden die Panzer in Nullkommanix gestoppt – zumindest im Com-

puterspiel.

Rote, grüne, gelbe und schwarze Panzer fahren durch Deutschland und wollen über die Grenze zum Auslandseinsatz. Wenn man alle Panzer auf den Schrottplatz lenkt, hat man gewonnen, überquert ein Panzer die Grenze ist Ende. Garniert ist das Ganze mit Texten wie „Unterstütze die PDS bei ihren Friedensbemühungen und lenke die Panzer auf den Schrottplatz“ etc. Man hat, als Joker sozusagen, sogar eine Friedensdemo, die man vor einen Panzer setzen kann, der sich dann sofort auflöst. Vorneweg in dieser Friedensdemo marschieren übrigens die 5 PDS-Spitzenkandidatinnen... Besonders verdiente „Friedenskämpfer“ können sich dann in einen Highscore eintragen.

Mal sehen, wie lange es bis zum ersten Softwarefehler dauert und der erste rote Panzer zum Auslandseinsatz rattert... Lebt und spielt Friedensmission unter <http://www.pds-berlin.de/spiel1.html>. (j.)

Kellerkinder gegen Gehorsam

Zwei Tage hielten sich 8 Mitglieder von JDJL im Keller der griechischen Botschaft versteckt. Die Botschaft ist genau genommen eine Bauruine - halbverfallen und wunderschön. Dieses Objekt wurde gewählt, weil es direkt gegenüber des Appellplatzes liegt und gehofft wurde, dass die Bullen das Haus selber nicht durchsuchen.

Zwei Tage hielten die 8 MilitärgegnerInnen im Dunkeln aus, nur flüsternd kommunizierend und ekligen Dosenfrass essend [wohlmeinende GenossInnen hatten - natürlich ohne von der Aktion zu wissen - leckere Dinge wie Brechbohnen & Spargel gekauft]. Die Stimmung

stieg von Stunde zu Stunde, schon waren wir uns mehr oder weniger sicher, dass wir 8 klüger gewesen sind als die 800 Bullen und 240 Feldjäger.

Klüger sind wir natürlich trotzdem, aber ganz so dumm, wie wir dachten, ist die deutsche Staatsmacht nicht. Die jungen Herren in Grün kamen durch eine halbverwitterte und -verborgene Tür, von der wir dachten, dass sie sich nicht mehr öffnen lassen würde. Ein Genosse von uns stand 10 Minuten im Schatten, während die Bullen mit dem Rücken zu ihm über die Vorräte stolperten und sich aufgeregt darüber unterhielten, woher denn die Wasserflaschen und die Gaströten [die wir alle von der WM kennen] kämen...

Naja, das Spiel war aus und wir sind gute Verlierer: auch eine fehlgeschlagene Aktion kann nämlich in der Presse auftauchen [Tagesspiegel, Berliner Kurier, Abendschau, Radio Eins, FAZ-Radio, etc]...

Nach 4 -10 Stunden GeSa kamen wir jedenfalls alle wieder frei, wurden von ausgelassenen GenossInnen begrüßt und von der Frau, die uns schon die Dosen kaufte, mit Tee & Cola & Gemüsebrühe [!!] bewirtet.

3:1 für uns - dabei bleibt es! Tucholsky hat Recht!

Quelle: <http://www.jungdemokraten.de>

Auseinandersetzung zum Ersten

Am 07.07.02, gegen 00.45 Uhr, wurden in der Großen Diesdorfer Straße mehrere Linke Jugendliche von Nazis aus einem Auto (VW) heraus mit Flaschen und Steinen attackiert. Als das Fahrzeug kurze Zeit später wieder auftauchte, waren die Antifas gut vorbereitet. Die Insassen

dürften eine zugige Rückfahrt mit ihrem VW gehabt haben, da ihre Frontscheibe "etwas" gelitten hatte. Zur selben Zeit hielten sich ca. 30 Nasen noch in der Nähe auf. Als sie auf das Geschehen aufmerksam wurden, drohte die Sache zu eskalieren. Nur durch einen "massiven" Einsatz der Polizei konnte Schlimmeres verhindert werden.

Auseinandersetzung zum Zweiten

Am 27.07.02 kam es gegen 01.50 Uhr in der Lübecker Strasse, in Höhe des Nicolaiplatzes zu einer Auseinandersetzung zwischen Nazis und Antifas. Ein Nazi wurde dabei verletzt. Allerdings lehnte er eine medizinische Versorgung ab - war wohl doch nicht so schlimm. Als die Polizei eintraf, flüchteten die Antifas, so dass es zu keiner Festnahme kam.

Auseinandersetzung zum Dritten

In der Nacht zum 1.9.02 kam es gegen 23 Uhr an einer Tankstelle in der Hallischen Straße zu einer Auseinandersetzung zwischen rechten und linken Jugendlichen. Während der Auseinandersetzung konnten zwei Faschos flüchten, während einer von ihnen verletzt zurückblieb (jaja die ollen Kameradenschweine).

In der selben Nacht kam es gegen 1.40 Uhr auch in der Großen Diesdorfer Strasse zu einer Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken. Ca. 5 Faschos wollten augenscheinlich wohl die damals noch besetzte "Ulrike" angreifen. Als Antwort flogen - zumindest laut Polizeiangaben - Flaschen aus dem Haus. Während der Auseinandersetzung wurde ebenfalls ein Fascho verletzt.

Beide Auseinandersetzungen in dieser Nacht wurden von den Bullen als Grund für die Räumung der "Ulrike" genannt. Die Frage ist nur: "Wächst jetzt wieder zusammen was eine Weile nicht so eng war? Auch am Mordtag von T. Lamprecht sah alles danach aus, als hätten die Bullen gut mit Nazis zusammen gearbeitet".

Rache für Auflösung

Am 8.9.02 kam es in Schönebeck zu einer Auseinandersetzung zwischen der Polizei und ca. 7 Faschos. Auf dem Schönebecker Kurparkfest tauchten gegen Abend mehrere Nazis mit Holzlatten und Baseballschlägern auf, um sich – so die Polizeipressemitteilung – eine Straßenschlacht mit eben diesen Polizisten zu liefern. Der Grund sei eine Veranstaltung der rechten Szene in der Gaststätte "Mister Bic" gewesen, die durch die "Ordnungshüter" aufgelöst worden war. Die sich sehr aggressiv gebärdenden Faschos wurden zur Identitätsfeststellung und Vernehmung in Gewahrsam genommen und am darauffolgenden Tag wieder entlassen.

Naja, Kameraden unter sich. Schließlich sagt die Polizei ja immer das "man" keine rechte Demo verbieten kann, da sie sich ja immer nett und friedlich benehmen. Sowas kommt eben von so was.

Freisein?

Eine spannende Wahl stand uns bevor. Wir als (Ungültig-) Wähler machten uns am Abend des 22.09. auf den Weg zu den einzelnen Wahlfeiern. Angefangen bei der PDS, sichtlich enttäuscht, trafen wir nicht mehr als 40 Leute an. Durch die Zeitung

erfuhren wir, dass die CDU alle Wähler Magdeburgs zu einer offenen Wahlfeier in die Buttergasse einlud. Dort angekommen entstanden freundliche Diskussionen und ein volles Bier stand schneller am Tresen als man(n) gucken konnte. Ca. 1,5 Stunden später tauchte aus dem Nichts der vermutliche Veranstalter auf, der uns unsanft die Gläser aus den Händen riss und ebenso unsanft aus den Laden schmiss. Sein Grund: wir hätten keine Einladung! Haha...

Dann kamen 3 nette Zivibullen auf, die uns sowieso schon den ganzen Abend beobachteten und begleiteten uns nach draussen. Ziemlich genervt und mit dem Bauch voller Wut gingen wir weiter zur SPD (die Personenzahl beschränkte sich allerdings nur noch auf 3). Dort gab es zwar kein Freibier, aber die Stimmung war besser! Aber auch da ließ man uns nicht in Ruhe. Es tauchten wieder nach ca. 2 Stunden unsere Begleiter auf. Da der Abend später wurde und auch wir ein geregeltes Arbeitsleben haben, machten wir uns auf den Weg nach Hause. Der Staatsschutz nahm seine Arbeit allerdings zu genau! Sie begleiteten uns doch tatsächlich bis fast vor die Haustür und befragten uns ständig nach unserem Wohnort.

Kann man in Magdeburg noch auf die Strasse gehen, ohne beschattet zu werden? Im welchen Zeitalter leben wir eigentlich? Ist die Stasi doch nicht passé? Tolle Stadt, unsere Provinzhauptstadt!

Stimme abgegeben – keine Stimme mehr?

Wählen bringt's nicht - Argumente von ACN.

Nun ist es geschehen: Die Bundestagswahlen sind vorbei, die Mehrheiten für die nächsten vier Jahre festgelegt. "Glücklicherweise" ist es nicht Stoiber, der von nun an über unser Leben zu bestimmen hat. Der BILD passen die Wahlergebnisse offensichtlich nicht. "Nun regiert uns Joschka Schröder" titulierte sie. Dabei hat sich nichts geändert. Alles wie vorher. Nur, dass rot-grün sich in seiner Politik der letzten Jahre bestätigt fühlen wird.

Warum die rot-grüne Politik keinen Deut besser ist als die der vorherigen schwarz-gelben Regierungen, will ich nicht näher beleuchten. Das haben viele der Wahl-Boycott-Initiativen getan, die sich anlässlich der Bundestagswahlen gegründet hatten. Auf www.wahlquark.de.vu ist eine Übersicht von Anti-Wahl-Seiten im Netz zu finden.

Um die grundlegendere Kritik an den Bundestagswahlen – und Wahlen allgemein – soll es hier gehen. Das Prinzip von Wahlen ist die Stellvertretung. Wir sollen uns festlegen, welche Partei, welche Abgeordneten Entscheidungen für uns treffen dürfen. Ob wir überhaupt vertreten werden wollen, fragt uns niemand. Mit der Stimme für einen Abgeordneten und/oder eine Partei legitimieren wir diese StellvertreterInnenpolitik. Die Wahlbeteiligung wird als Akzeptanz dieses Systems interpretiert.

Wer ein emanzipiertes Leben will, Selbstbestimmung fordert, braucht die Möglichkeit, ohne Stellvertretung entscheiden zu können. Mit dem System der Wahlen wird diese Möglichkeit unterbunden; wer sich beteiligt, legt der Selbstbestimmung weitere Steine in den Weg, da das bestehende

System legitimiert wird. Wer sich nicht beteiligt, kann auf die Konstellation der EntscheidungsträgerInnen noch weniger Einfluss nehmen.

Die Frage ist, ob es für Menschen, die selbstbestimmt leben wollen, trotzdem sinnvoll sein kann, sich an den Wahlen zu beteiligen. Können wir mit unserer Stimme die EntscheidungsträgerInnen so nachhaltig beeinflussen, dass die gleichzeitige Legitimation dieses Systems nicht schwerer wiegt? Macht es überhaupt einen relevanten Unterschied, ob rot-grün oder schwarz-gelb die Regierung stellt? Wie sähe es aus, wenn eine bekennend rechtsradikale Partei die Macht ergreifen würde? Wollen wir überhaupt – ob das Wahlergebnis uns beeinträchtigt oder nicht – StellvertreterInnen wählen? Gibt es eine Alternative? Können wir uns eine solche schaffen?

Diese Fragen muss jede für sich selbst beantworten. Eine Perspektive für Menschen, die sich gegen die Wahl entscheiden, sehe ich dann, wenn dieses Verhalten offensiv zur Infragestellung des parlamentarischen Systems, der StellvertreterInnenpolitik und von Herrschaftsstrukturen genutzt wird. Dann kann ungültig-Wählen oder Nichtwählen eine Aktion sein, um einen Korridor zur Vermittlung der eigenen politischen Forderungen zu schaffen.

Die Infragestellung, Ablehnung von Herrschaft – und damit auch von StellvertreterInnen – sollte dann Ausdruck des alltäglichen Agierens sein. Nicht nur vereinzelte Aktionen zu bestimmten Anlässen, sondern ständige Thematisierung von Herrschaftsverhältnissen, denn diese prägen unseren Alltag. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit Formen von Herr-

schaft, die jedE von uns selbst ausübt – im Umgang mit anderen, politischen Forderungen und den eigenen Strukturen.

Parallel dazu sollten wir versuchen, alternative Freiräume auf- und auszubauen. Freiräume, in denen einzelne Herrschaftsverhältnisse reduziert werden können, in denen Menschen sich relativ frei entfalten können. Klar ist, dass dies keine umfassende Freiheit sein kann, solange "das System" um uns herum noch existiert. Mit solchen Ansätzen alternativen Lebens können wir aber anderen zeigen, dass unsere Vorstellungen von einem selbstbestimmten Leben realisierbar sind, neue Menschen ermutigen, es für sich selbst zu probieren, und neue Energie schöpfen, um weiter aktiv gegen Herrschaft einzutreten.



...oder lieber doch nicht?

Wählen gehen oder nicht?

Immer aktuell entscheiden - Argumente von Hartmut Koblischke, [`solid] Sachsen-Anhalt

Wählen gehen oder nicht – immer aktuell entscheiden

Hartmut Koblischke, [`solid]
Sachsen-Anhalt

In meinem folgenden Text beziehe ich mich ausschließlich auf die Bundestagswahl. Wenn es anders ist, weise ich ausdrücklich darauf hin. Wie mensch Wahlen beurteilt, liegt immer an der jeweiligen gesellschaftlichen Situation. So habe ich zur Bundestagswahl ganz bewusst PDS gewählt. Bei der Landtagswahl war ich mir nicht sicher und bei der nächsten Kommunalwahl ist es überhaupt nicht sicher, ob und wie ich wähle. Auch die Wahl eines Bürgermeisters ist selten von wichtiger Bedeutung.

Es war nicht egal, zur Bundestagswahl 2002 wählen zu gehen. Im Ergebnis sieht es nun so aus, dass ca. 20,9 % Nichtwähler waren. Aber in allen Medien, auch alternativen, linken usw., spielen die Gründe für diese Nichtwahl keine oder eine extrem (!) untergeordnete Rolle. In weiten Kreisen der Bevölkerung wird Nichtwählen sehr negativ gesehen. Dagegen haben nun von den verbliebenen 79,1 % die absolute Mehrheit von 93 % für eine neoliberale, umweltfeindliche, unsoziale, kriegerische Politik gestimmt. Und ein von fast der gesamten Linken kritisierte SPD-Kanzler wird weiterregieren. Nun gibt es aufgrund des Scheiterns der PDS keine linke Opposition mehr im Bundestag, sondern nur noch eine sehr rechte. Denn die



Es kommt immer auf den Blickwinkel an...

CSU ist in dieser Bundestagswahl die Gewinnerin schlechthin, was von vielen gar nicht bemerkt wurde. Es hat, gesamtpolitisch betrachtet, einen starken Rechtsruck gegeben, eingeleitet schon von der gesamten Entwicklung des Wahlkampfes. Ein starker Schritt hin zum "Demokratiemodell USA" wurde getan, der Weg zum Zwei-Parteiensystem wurde weiter geebnet. Im Übrigen gab es direkte Unterstützung für Stoiber, Westerwelle und Schröder aus der Linken. Auch in Magdeburg gab es sogenannte „Wahlboykottaufrufe“. Sie stärkten die Rechte und damit die Kriegsgefahr weltweit! Meiner Meinung nach, war das Ergebnis für die Gesellschaft an sich ein Rückschritt. Ob es für die PDS als große Verliererin ein kurzfristiges Dilemma und ein langfristiger Vorteil ist, kann ich nicht voraussagen, gehe aber davon aus. Die derzeitige Diskussion geht in eine gute Richtung. Weiteres wird der PDS-Parteitag vom 12. bis 13. Oktober in Gera zeigen und die Entwicklung danach.

Wählen zu gehen, ist eine Form des indirekten Kampfes.

Jede Stimme, die durch Ungültigkeit oder Nichtwahl den Linken verloren geht, stärkt die Rechten - wie auch die aktuelle Bundestagswahl zeigt. Und noch lange haben Basisbewegungen nicht die Kraft, das parlamentarische System unter Druck zu setzen. Das klappt nur sehr bedingt. Während der Bundestagswahl 2002 waren außerparlamentarische Bewegungen fast gar nicht

in der Lage, eigene Akzente zu setzen, egal in welche Richtung. Die Bewegungen waren ja noch nicht mal in der Lage, Grüne und SPD auf dem Weg zu halten, der laut Wahlversprechen von 1998 eingeschlagen werden sollte.

Die Linke ist schwach und zersplittert. Das muss mensch zur Kenntnis nehmen trotz aller theoretischer Diskussion. Und wer sagt denn, das ein Mensch nichts mehr tut, wenn er gewählt hat.

Du kannst im Bioladen einkaufen, selbstbestimmte Bildungsarbeit leisten, Öffentlichkeitsarbeit und linke Kulturarbeit. Du kannst umweltfreundlich und solidarisch sein, indem Du Dein Auto mit vielen teilst, Alternativschulen unterstützt und noch viele andere Sachen. Und Du kannst auch wählen gehen. Das Alles gehört zum alltäglichen Kampf.

Leider hatte die Linke in Sachsen-Anhalt kaum Möglichkeiten, sich die Stimmabgabe auszusuchen. Es gab eben nur den Kriegs-, Atom-, Antisozial-, AntiOst-, usw. Block aus CDU/FDP/SPD/Grüne. Dann gabs noch die rechtsextreme NPD, Die Grauen Panther und die Tierschutzpartei. Und eben als

Asylrecht ist Menschenrecht und kein Privileg

Die Tour der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Am 14.09. fanden sich in Magdeburg ca. 350 Menschen unter dem Motto „Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten“ ein, um gemeinsam für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen und gegen deren unhaltbare Lebensbedingungen in Deutschland auf die Straße zu gehen. Diese Demonstration fand im Rahmen der zweiten bundesweiten Karawanetour statt, die seit dem 17.8.02 durch insgesamt 25 Städte unter dem Motto „Asylrecht ist Menschenrecht - Wir sind hier, weil Ihr unsere Länder zerstört“ zieht. Zahlreiche Protestaktionen, Demos, Veranstaltungen säumten den Weg der Karawane. So gab es bspw. Straßentheateraktionen vor Ausländerbehörden, menschen demonstrierte vor Abschiebeknästen oder versuchte Kontakt zu Internierten in den euphemistisch bezeichneten „Ausreisezentren“ herzustellen.

Gegen eben jene Ausreisezentren richtet sich ein Großteil des Protests. Im Rahmen der Verschärfungen des ohnehin schon massiv eingeschränkten Asylrechts durch die neuen Zuwanderungs- und Anti-Terrorgesetze gehören solche Zentren zum rot-grünen Asyltraum. In diesen Ausreisezentren sollen MigrantInnen festgesetzt werden, die zurzeit nur einen Duldungsstatus haben, und weitab von Städten und Dörfern von der Öffentlichkeit unbeobachtet unter inhumanen Bedingungen auf ihre Abschiebung warten müssen. Insgesamt soll die Kapazität dieses im Entstehen begriffenen flächendeckenden

Systems für 250.000 Menschen „Platz“ bieten. Die „Versorgung“ der Insassen ist auf drei Mahlzeiten am Tag beschränkt, das gesetzlich vorgeschriebene Taschengeld von 40 Euro im Monat wird den Menschen ebenso vorenthalten wie jede andere soziale Leistung. Nichtmal medizinische Versorgung ist gewährleistet. Um das Ganze noch durch massiven psychischen Druck zu potenzieren, finden regelmäßige Zimmerdurchsuchungen und Verhöre statt, die Post der MigrantInnen wird kontrolliert.

Auch außerhalb der Ausreisezentren sind Flüchtlinge zahlreichen staatlichen Einschränkungen und rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Zu nennen wäre hier z.B. die Residenzpflicht, die MigrantInnen zwingt, sich nur innerhalb eines eng gesteckten Gebietes zu bewegen, andernfalls sind sie Geld- oder sogar Gefängnisstrafen ausgesetzt. So sind die Flüchtlinge in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar und Politik und Medien können weiter fleißig das Bild des gefährlichen und kriminellen Asylbewerbers zeichnen.

Mit der politischen Betätigung von Flüchtlingen sieht es ebenso schlecht aus. Insbesondere durch die Anti-Terrorgesetze bedingt, müssen exilpolitisch aktive MigrantInnen nun vermehrt um ihre Ausweisung fürchten. Nun können noch unproblematischer sogar anerkannte politische Flüchtlinge in ihr Heimatland zurückgeschickt werden, auch wenn die

Fortsetzung auf Seite 23

Carlo Giuliani – einfach nicht tot zu kriegen

Am zwanzigsten Juli dieses Jahres war der einjährige Todestag des jungen Italieners Carlo Giuliani. Er wurde während der Proteste gegen den Weltwirtschaftsgipfel der acht größten Wirtschaftsnationen, dem sogenannten G8-Treffen, in Genua von einem ebenfalls noch jungen italienischen Carabinieri erschossen. Der Täter leistete seinen Wehrdienst bei dieser dem Bundesgrenzschutz vergleichbaren militärisch gegliederten Staatspolizei Italiens ab.

Um an die Tat zu erinnern versammelten sich in Italien an diesem Tage unzählige Menschen. Überall dort in der Welt, wo es Vertreter des globalen Protestes gegen die Ideologie und praktische Umsetzung des Neoliberalismus gibt, wurden aus diesem Anlass ebenfalls viele verschiedenen Aktionen, Demos, Partys und Konzerte veranstaltet.

Das sichtbarste Zeichen des Gedenkens in Magdeburg war ein Transparent an der Fassade des Ulrike-Meinhof Hauses in der großen Diesdorfer Straße. Dem medialen Mainstream war dieser Todestag noch nicht einmal eine Randnotiz wert. Erfreulicherweise boten aber einige bürgerliche Nischenprodukte, so z.B. der Sender "arte" aus diesem Anlass eine erstaunlich differenzierte Berichterstattung. Während der Proteste in Genua vor einem Jahr war die Weltöffentlichkeit sehr darüber entsetzt, dass es der italienischen Staatsmacht zeitweise nicht gelang, totale Kontrolle und Macht über die Protestierer auszuüben. Die hemmungslose Gewalt- und Tötungsbereitschaft der Polizei wurde dagegen von der Mehrheit der europäischen und nordamerikanischen Medien toleriert. Inzwischen kann selbst die ita-

lienische Justiz nicht mehr die Augen davor verschließen, dass ihre Polizei die Gesetze, die sie eigentlich schützen soll, faktisch ausser Kraft setzt, damals wie heute. Gegen einige Dutzend hochrangige Polizeioffiziere laufen Ermittlungsverfahren wegen bei den Demonstrationen begangener bzw. von ihnen angeordneter Straftaten.

Neben der juristischen Seite gibt es natürlich noch eine moralische. Der Protest konnte nur so erfolgreich sein, da er eben nicht nur von ein paar angereisten Anarchisten getragen wurde, die von deutschen Politikern so gerne als "Krawalltouristen" diffamiert werden, sondern ganz wesentlich von der genuesischen Bevölkerung. Sie versorgte die Demonstranten mit Wasser, bot Zuflucht in Mietshäusern und viele hängten als Zeichen stiller Solidarität Wäsche aus dem Fenster. Letzteres war ein Symbol um dem rechtsfundamentalistischen italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi zu zeigen, was sie von seiner Aufforderung hielten, an diesem Tag keine Unterwäsche zum Trocknen aus den Fenstern zu hängen, da dies das saubere Bild der Stadt störe. Diese Allianz aus normalen Bürgern, Gewerkschaftern, dem vielschichtigen linken Spektrum, Kirchen, Umweltgruppen, Militanten usw. war denjenigen, die sich als legitime Repräsentanten "des Volkes" sehen unheimlich. Diese riesige Gruppe, die ihre Unzufriedenheit mit der Organisation westlicher Gesellschaften öffentlich ausdrücken wollte, war nicht mehr beherrschbar und musste folglich als Bedrohung der Macht gewertet werden. So etwas muss vernichtet werden, auch wenn es dabei Tote gibt. Moral, also die Suche

danach, welches Handeln als richtig oder falsch bewertet wird, beginnt dann, wenn sich Menschen innerhalb einer Gesellschaft darauf einigen, sich gegenseitig bestimmte Rechte zuzugestehen. Wer diesen Grundsatz verletzt, kann nicht mehr von Moral reden und jeder juristische Konstrukt sowie jede Organisation verliert dann jedwede Legitimität. Widerstand wird in so einem Moment zur Pflicht.

Italien ist weit weg, der neofaschistische Ungeist jedoch nicht. Auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es zahlreiche Polizeibeamte die, wie der jüngste Fall in Köln einmal mehr belegt, Festgenommene misshandeln und bewusst das geltende Recht, das sie eigentlich schützen sollen, mit hoher krimineller Energie vorsätzlich brechen. In Sachsen-Anhalt wird dies besonders häufig der Bereitschaftspolizei vorgeworfen, die für ihre Brutalität selbst in Polizeikreisen berüchtigt sein soll. Ein bekannter, eher konservativer Politikwissenschaftler der Uni Magdeburg schrieb einen offenen Brief, in dem er die oft nahe an der Verfassungsfeindlichkeit befindlichen Einstellungen der Nachwuchscops an der Polizeifachhochschule Aschersleben kritisierte, belegt, dass es keine unseriöse linke Propaganda ist, dass die Polizei hier ein ernsthaftes Problem hat. Eine rechtskonservative Einstellung, gepaart mit polizeilichen Vollmachten und protegiert durch kollegialen Korpsgeist sind ein äußerst bedenklicher Cocktail, der nur durch hartes Durchgreifen entschärft werden kann. Hier tut sich ein umfangreiches Betätigungsfeld für die neuen Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz auf und auch der Staatsschutz wird nicht ewig wegschauen können.

Fortsetzung von Seite 21

deutschen Behörden selbst zugestehen, dass ihnen dort Folter oder gar Todesstrafe droht. In dem Buhlen um Statussicherung in Ländern, denen Deutschland wirtschafts- oder weltpolitische Interessen entgegenbringt, wird die ursprüngliche Begründung des Flüchtlingsstatus, nämlich die politische Verfolgung zum Abschiebegrund. Damit wird terroristischen und unmenschlichen Regimes die Hand gereicht zur gemeinsamen Eliminierung ihrer Opposition.

Die Karawane der Flüchtlinge und MigrantInnen versuchte während ihrer knapp einmonatigen Tour auf diese Probleme aufmerksam zu machen, und eine Öffentlichkeit zu gewinnen für den Kampf gegen die rassistisch geprägte und lebensfeindliche Situation der Flüchtlinge in Deutschland sowie die kriminelle Abschiebep Praxis der Bundesregierung. Leider mußten die MigrantInnen auf der Tour wieder einmal erfahren, dass sie Unterstützung in bezug auf eine Verbesserung ihrer Situation seitens der Politik nicht zu erwarten haben. Die Krone des Ganzen setzte Claudia Roth (Spitzenpolitikerin der Grünen) sich auf ihr erlesenes Haupt, als sie der Karawane vorwarf, mit „Stoiber gemeinsame Sache zu machen“, indem sie gegen das neue Zuwanderungsgesetz demonstrierte.

Dennoch werden die Flüchtlinge und MigrantInnen auch weiterhin aktiv bleiben, um gegen den Krieg in allen seinen Schattierungen und für die in ihrer Heimat zurückgelassenen Menschen zu kämpfen.

Asylrecht ist Menschenrecht!

Pax Bavaria

Deutsche Traditionspflege

Der Juli bringt uns Sommer, Sonne, Sonnenschein und, oh Schreck, die Chaostage. Diesmal wollten die Mitglieder der von totaler Entpolitisierung bedrohten Spezies Punk sich in München treffen. München wird zu Werbezwecken gerne auch als "Weltstadt mit Herz" bezeichnet. Die Hiobsbotschaften für die Isarmetropole brechen nicht ab. Erst Pleite und Haushaltssperre, dann die Bedrohung durch Horden unangepasster Subjekte. Mancher Münchner sehnt sich da nach den Zeiten, als die Revoluzzer noch auf die Feldherrnhalle zu marschierten und Hakenkreuzbinden an den Armen trugen.

Der bayerische Innenminister Beckstein wollte natürlich um jeden Preis vermeiden, dass seine Hauptstadt - Sitz unzähliger Juweliere, Boutiquen und anderer CSU-Jünger - ausgerechnet während der Zeit des Sommerschlussverkaufs von Punks besucht würde. Dafür fanden er und seinesgleichen etliche Argumente. Das Stadtbild werde durch solche Leute gestört, das Sicherheitsgefühl der (braven) Bürger leide und der Staat müsse auf jeden Fall die Kontrolle behalten. Im Zuge der allgemeinen Gefahrenabwehr dürfen Polizisten und Grenzschützer dann alle verdächtigen Personen überprüfen, des Platzes verweisen bzw. vorbeugend in Gewahrsam nehmen.

Die gleichen Leute, die immer über die DDR und ihre Repressionsmethoden schimpften, benutzen nun die gleichen Methoden wie einst Stasi, etwas früher die NS-Organen und noch etwas früher die Freikorps der Weimarer Republik.

Tja, traditionsbewusst sind sie, die Autoren der Gefahrenabwehr. Eine Reportage des bayerischen Fernsehens (ausgestrahlt am 5.8.02 im BR) zeigte, wie die Polizei auf dieser Grundlage die Bürger zu schützen versuchte.

Unbeeinträchtigt von Allgemeinbildung und logischem Denkvermögen schritten die Vögte zur Tat und räumten auf mit jungen Leuten, die Piercings, bunte Haare oder verdächtige Kleidung am Leib trugen. Es traf zumeist Yuppies, Stinknormale, Studenten und Azubis, die oftmals noch nicht einmal wussten, dass in München die Chaostage stattfinden sollten. So mancher Wochenendausflug, Einkaufsbummel oder Besuch von Freunden endete im Polizeigewahrsam oder einem für das gesamte Münchner Stadtgebiet gültigen Platzverweis. Die wenigen Dutzend Punks, die angereist waren, wurden darüber aufgeklärt, wie gewaltbereit und sicherheitsgefährdend sie seien und wurden prompt zurückgeschickt bzw. eingelocht.

Die Polizei konnte faktisch machen, was sie wollte und selbst die Kriterien für das Punksein festlegen. Solche Vollmachten kennt man eigentlich nur von autoritären Regimen und Polizeistaaten wie der DDR oder dem Dritten Reich. Es wird Zeit, dass eine unabhängige Kontrollinstanz die Polizei überwacht und diszipliniert. Stören dürfte das die Uniformierten nicht. Schließlich sagte doch einst Erich Mielke: "Wer nichts zu verbergen hat, den stört die Kamera auch nicht." Deutsche Traditionen kommen endlich wieder in Mode - mit Sicherheit!

Aufruf zu Morddrohungen

Neonazigruppierung "Freie Nationalisten Dessau/Anhalt" bedrohen offen »Projekt Gegenpart« im Internet

Im Gästebuchbereich der vom Dessauer Neonazi Ronny "Goebbels" Göbel betriebenen Internet-Seite www.rockoi.de wird seit geraumer Zeit offen und unverhohlen zu Morddrohungen gegen das Projekt »GegenPart«, eine Dessauer Netzwerkstelle im Rahmen des Bundesprogrammes Civitas – Initiativ gegen Rechtsextremismus in den Neuen Bundesländern, aufgerufen. Exemplarisch für diese neofaschistischen Aktivitäten ist ein am 27. Juli veröffentlichter Beitrag in besagtem Internet-Forum: "(...) für morddrohungen und beschimpfungen und so weiter haben wir mal ein tel. eingerichtet 0340/ 26 60 213 (...)", (Rechtsschreibfehler wie im Original). Die dort publizierte Telefonnummer ist der offizielle Anschluss des Projekt »GegenPart«.

Als Autor des Aufrufes zur Morddrohung konnte der Dessauer Neonazi Steffen "Epi" Ebert identifiziert werden. Ebert und Göbel, der bereits vor etlichen Jahren in seiner Funktion als Mitglied der Dessauer Nazi-band "Madcorps" vom Verfassungsschutz beobachtet wurde, sind der Neonazigruppierung "Freie Nationalisten Dessau/

Anhalt" zuzurechnen. Diese Gruppierung trat erstmals im Frühjahr 2002 öffentlich in Erscheinung. Sie unterhält gute und kontinuierliche Kontakte zu Neonazistrukturen u. a. in Köthen und Halle und beteiligt sich regelmäßig an Neonaziaufmärschen (Bitterfeld, Dresden, Weimar usw.). Einzelne Mitglieder aus dem organisatorischen Kern und dessen Umfeld sind bereits durch Gewaltdelikte gegen AusländerInnen und Linke in Erscheinung getreten.

Die durchaus ernstzunehmenden braunen Umtriebe der "Freien Nationalisten Dessau/Anhalt" machen es offensichtlich unabdingbar, das in Dessau relativ gut funktionierende Netzwerk lokaler Akteure im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus tatkräftig zu unterstützen. Dieser Maxime fühlt sich das Projekt »GegenPart« auch weiterhin verpflichtet und lässt sich von niveaulosen Elaboraten Ewiggestriger in keiner Weise einschüchtern. Dennoch behält sich das Projekt »GegenPart« vor, gegen die Neonazis Göbel und Ebert juristische Schritte einzuleiten.

November 2002:

Castoralarm!

12 Castoren sollen diesmal rollen.

Das Wendland bekommt Besuch. Polizei - Atommüll - Ausnahmezustand!

Wir laden Euch ein, die Dämmerung der Demokratie mit uns zu erleben.

Infos: BI-Büro 05841/4684

Castor-Infoline (ab 1.10.): 0511/9001250666 Siehe auch: www.castor.de.

Wir stellen uns quer!

Die Unmöglichkeit in Israel den Kriegsdienst zu verweigern

Von Jonas Lähnemann

Nachdem ich in Magdeburg mein Abitur gemacht hatte, bin ich von März 2001 bis August 2002 mit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste nach Israel gegangen um in einer Behindertenschule und mit Shoah-Überlebenden zu arbeiten - anstelle eines Zivildienstes in Deutschland (dazu näheres im Kasten). Neben meiner Arbeit war für mich immer die Auseinandersetzung mit und das Lernen aus dem Nahostkonflikt sehr wichtig. Als KDVler aus Deutschland hat mich ein Thema besonders interessiert: Verweigerung in Israel. Gerade da ein guter Freund von mir, Jonathan Ben-Artzi, zu den wenigen pazifistischen Verweigerern Israels gehört. Jonathan und ich kennen uns schon seit einigen Jahren über unsere Väter und während meines Aufenthalts in Israel wurde aus dem losen Kontakt eine gute Freundschaft. Auf diese Weise habe ich seine Bemühungen der Verweigerung mitbekommen. Kurz vor meiner Rückkehr nach Deutschland wurde Jonathan entgültig einberufen und in einem Militärgefängnis inhaftiert. Inzwischen sitzt er die zweite einmonatige Haftstrafe ab.

Jonathan Ben-Artzi ist überzeugter Pazifist - er sieht Gewalt nicht als Möglichkeit Konflikte zu lösen und ist nicht bereit in einer Armee zu dienen. Über Jahre hat sich diese Überzeugung bei dem 19-jährigen entwickelt und gefestigt. Im Moment ist er für seine Ansichten inhaftiert - im Militärgefängnis. Doch nicht etwa in einem Staat mit totalitärem Regime, sondern in Israel, einem Land das immer wieder seine Stellung als einzige Demokratie im Nahen Osten betont. Junge Männer in Israel müs-

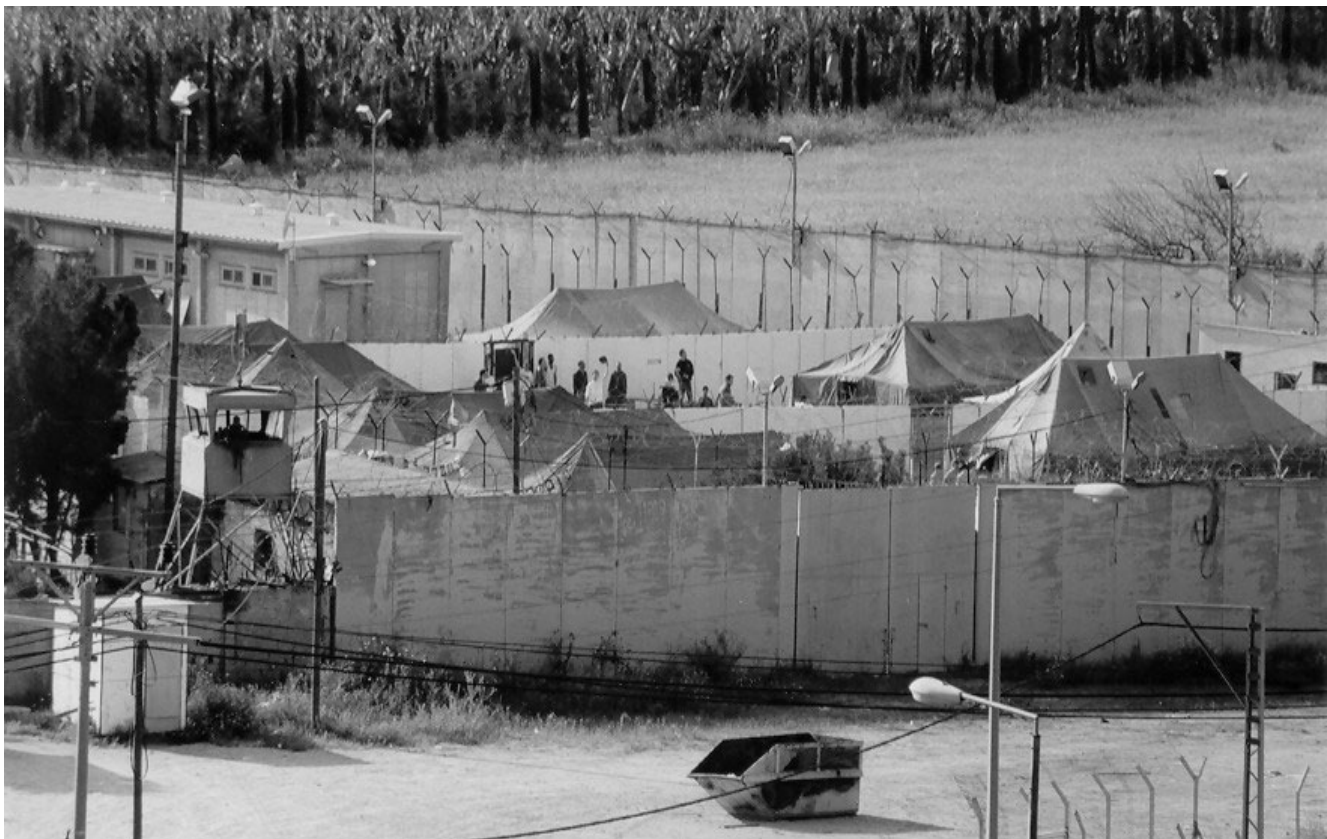
sen 3 Jahre Grundwehrdienst leisten und später jährlich einen Monat zur Reserve - die Möglichkeit wie in Deutschland den Militärdienst aus Gewissensgründen zu verweigern, gibt es nicht. Ein Ersatzdienst, der der Zeit beim Militär rechtlich gleichgestellt ist, ist nur für Frauen vorgesehen.

Im Frühjahr 2000, als Jonathan die Schule beendete, sollte er einberufen werden. Doch als er dem Militär sein Anliegen der Verweigerung vortrug, kam er vor eine Gewissenskommission des Militärs und bekam ein Jahr Zeit, um sich die Sache zu überlegen. Er blieb bei seiner Überzeugung und als er wieder vor der von höheren Offizieren besetzten Kommission erschien, nahm man sein Gesuch nicht ernst und lehnte ab. Daraufhin klagte er im Sommer 2001 vor dem obersten Gerichtshof Israels und es wurde ihm gestattet, mit einem Anwalt und Gutachten über seinen Pazifismus, erstellt von angesehenen Geschichts- und Philosophieprofessoren, erneut vor die Gewissenskommission zu treten, die ihn wiederum ablehnte. Eine weitere Klage vor dem Obersten Gericht blieb ohne Erfolg. Zum 8. August wurde er eingezogen - er erschien, jedoch weigerte er sich die Uniform anzulegen und wurde von einem Offizier zu 28 Tagen Haft verurteilt. Direkt nach seiner Entlassung wurde er wieder eingezogen und inzwischen sitzt er seine zweite Haftstrafe ab. Dies wird sich noch ein bis zwei mal wiederholen, ehe er auf eine Freistellung vom Militärdienst hoffen kann. Gegenüber der israelischen Armee hat er erklärt: „Aufgrund meiner Überzeugung, wird mein eigenes Land mich inhaftieren - unter

Mißachtung internationaler Gesetze, grundlegender Moralvorstellungen und fundamentaler Menschenrechte. Ich werde stolz in das Gefängnis gehen, überzeugt, daß dies das Geringste ist, was ich tun kann, um mein Land und das Anliegen des Pazifismus zu verbessern.“

In der israelischen Gesellschaft hat der Militärdienst aus der Geschichte des Landes heraus einen hohen Stellenwert. Verweigerung ist damit auch gesellschaftlich nicht anerkannt. Auf jemanden, der keinen Militärdienst gemacht hat, egal ob als Verweigerer oder aus anderen Gründen, warten im späteren Leben Benachteiligungen, z.B. bei der Jobsuche. Nichtsdestotrotz gab es immer wieder pazifistische Verweigerer, deren Zahl aber immer gering war - im Moment schlagen jährlich eine Handvoll junge Männer diesen Weg ein. Der Umgang mit ihnen ist etwa gleich geblieben, trotz der Schaffung der Gewissenskommission vor einigen Jahren. Der Staat versucht dieses Syndrom zu unterdrücken und im Gehei-

men zu halten. Doch immer wieder haben Verweigerer versucht, dies an die Öffentlichkeit zu bringen und Verbesserungen herbeizuführen. Neben den pazifistischen Verweigerern, wie Jonathan, gibt es in Israel auch Männer, die den Wehrdienst aus anderen - vor allem politischen - Gründen ablehnen. Diese für Israel spezifische Form der Verweigerung gibt es seit dem Libanonkrieg, als erstmals Israelis einen von ihrem Staat geführten Krieg in Frage stellten und auch die ersten Friedensbewegungen entstanden. Sie wären bereit ihr Land jederzeit bei Bedrohung zu verteidigen, doch sehen sie die Besetzung und Unterdrückung der Palästinenser nicht als Landesverteidigung an und es so als ihre Pflicht, sich diesem zu widersetzen und den in ihrer Sicht illegalen Befehl zu verweigern. Die meisten, oft auch Reservisten, beschränken sich dabei auf die Ablehnung eines Einsatzes in den besetzten Gebieten (selektive Verweigerung) - einige wenige gehen den gleichen Weg wie Pazifisten, da sie das gesamte Militärsy-



Ein israelisches Militärgefängnis



Jonathan Ben-Artzi

stem in Zusammenhang mit der Besatzung setzen. Gerade die sogenannte selektive Verweigerung hat während der laufenden Intifada wieder großen Zulauf erfahren. Inzwischen haben sich den verschiedenen Gruppen über 1000 Reservisten, viele davon Offiziere, angeschlossen. Außerdem haben im letzten Jahr über 100 Schüler der Abschlußklassen ihre Absicht erklärt den Militärdienst zu verweigern. Allen von Ihnen droht eine Haftstrafe beim nächsten Reserve- oder dem Grundwehrdienst.

Dabei gibt es in der israelischen Gesellschaft einige Gruppen, die nicht oder nur teilweise zum Militär müssen. Wichtigster Faktor dabei sind ultraorthodoxe Juden. Sie wurden bisher pauschal für Thora-Studien von der Armee freigestellt, ein für viele nicht akzeptabler Verstoß gegen das Prinzip der Gleichberechtigung. Inzwischen gibt es Regelungen, daß sie symbolisch einen kleinen Teil der Verpflichtung erfüllen müssen - die oft kritisierte Praxis wurde somit nach Beanstandung durch Gerichte vom Parlament in Gesetzen festgesetzt. Eine andere Möglichkeit, den Militärdienst zu umgehen, ist Ausmusterung aufgrund psychischer Krankheit. Dies wird geduldeterweise von einigen Rekruten ausgenutzt, indem sie sich zum Beispiel eine Selbstmordgefährdung durch den Wehrdienst bescheinigen lassen. Von der arabi-

schen Minderheit (20% der Bevölkerung) muß nur die kleine Gruppe der Drusen einen Wehrdienst leisten. Beduinen haben die Möglichkeit freiwillig zu dienen, doch andere arabische Israelis will man in der Armee gar nicht erst. Nimmt man Personen hinzu, die aus gesundheitlichen Gründen den Wehrdienst nicht vollständig absolvieren, leisten fast 50 Prozent der israelischen Männer keinen oder zumindest nicht den vollen dreijährigen Militärdienst (Haaretz vom 1.7.2001). Trotzdem werden Gewissensgründe nicht akzeptiert. Dies ist auch ein Verstoß gegen internationales Recht, wie Teile des 1993 von Israel ratifizierten „International Covenant on Civil and Political Rights“. Wichtig ist dabei auch der Punkt, daß die israelischen Gewissensverweigerer ohne ein Gerichtsverfahren durch Offiziere verurteilt und daraufhin inhaftiert werden.

Jonathan Ben-Artzi hat versucht, vor Gerichten und in der Öffentlichkeit auf sein Anliegen aufmerksam zu machen und dabei Haftstrafen in Kauf genommen. „Er wollte einen Dialog in der Gesellschaft provozieren, doch beim Militär stieß er auf geschlossene Türen und taube Ohren,“ erklärte seine Schwester. „Gerade in Zeiten wie dieser, in denen Israel mit schweren politischen und militärischen Entscheidungen konfrontiert ist, ist es wichtig für Bürger von Israel und Unterstützer von außen, die Debatte zu fördern, Politik in Frage zu stellen und Pluralismus zu fördern. Dies sind die Bausteine einer Gesellschaft in der wir alle leben wollen: Nicht eine Gesellschaft, in der blind Befehlen gefolgt wird, nie Machthaber und Gesetze in Frage gestellt werden; sondern eine, die sich entwickeln kann und Selbstkritik auszuüben weiss.“ Einen kleinen Erfolg hatte Jonathan hierbei, denn mehrere israelische Zeitungen haben über seinen Fall berichtet.

Zivildienst im Ausland

„Anderer Dienst im Ausland“ - so nennt das Behördendeutsch die Möglichkeit seinen Zivildienst in anderen Ländern zu leisten. Dabei gibt es jedoch einige Unterschiede zum Einsatz in Deutschland. Der Auslandsdienst ist zwei Monate länger und darf nicht bezahlt werden (zumindest Unterkunft, Verpflegung und ein Taschengeld bekommt man jedoch von den Trägervereinen). Neuerdings wird allerdings für diese Zeit Kindergeld ausgezahlt. In der Praxis muß man sich einen Träger suchen, der das Programm organisiert und die Finanzierung sichert - dabei sind teilweise Eigenbeiträge oder die Flugkosten selbst zu tragen. Die Träger unterscheiden sich neben dem finanziellen vor allem im Bereich der Länder in denen sie arbeiten, während angebotene Projekte zum großen Teil, aber nicht ausschließlich, im sozialen Arbeitsfeld sind. Die interessanten Erfahrungen machen die finanziellen Nachteile gegenüber der Arbeit in Deutschland immer wett. Viele Organisationen bieten ähnliche Freiwilligendienste auch für Frauen an.

Weitere Informationen z.B.:

<http://www.ziviusland.de/links.html>

<http://www.asf-ev.de>

Siehe auch <http://www.laehnemann.de/israel> für diverse Berichte, unter anderem über Aktionen israelischer Friedensgruppen.

Wenn ihr Jonathan unterstützen wollt - schickt Protestbriefe an die israelische Botschaft: berlin@israel.org und/oder Solidaritätsbekundungen an Jonathans Eltern: mbartzi@yahoo.com.

Zitate des Quartals

Der Falle Karli/Möllemann ist ... das erste Anschauungsstück, wie sich Deutschland in seinem Wesen wandeln wird, wenn die Einwanderung weiter zunimmt und wenn immer mehr Männer und Frauen, die ihre Sozialisation nicht in der deutschen Gesellschaft erfahren haben, wahlberechtigte Bürger dieser Bundesrepublik werden.

Die Multikultigrüne Antje Vollmer über die Ursachen von Antisemitismus in Deutschland in der FAZ (konkret 7/02)

„Viele Unternehmen würden besser fahren, wenn sie auf ihre Betriebsräte hören würden und nicht auf Manager, die nur an ihrem eigenen Geld interessiert sind.“

Gerhard Schröder vor Betriebs- und Personalräten in Stuttgart, Frankfurter Rundschau vom 8.7.02

Die Leibeigenschaft wurde in Deutschland 1525 abgeschafft. Es lebe die Leibeigenschaft.

Entnommen aus: Deutscher Einheit(z)-Textdienst von Werner Lutz 8/ 02

Ich wähl' nur die, die schon dran sind. Weil die ihre Taschen schon voll haben, die anderen woll'n dit erst noch.

Ein Berliner Penner in jW vom 16.9.02

Ich glaube allerdings schon, dass langjährige Macht automatisch auch zu Verfilzung führt. Viele Politiker und Vorstandsvorsitzende von Großunternehmen leben doch in regelrechter Abschottung vom normalen Leben.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus Steffel in jW vom 21./22.9.02

Sie haben die Wahl...

Alle Jahre wieder wird an der Uni Magdeburg ein neuer Studentenrat gewählt.

Diesmal sind in ihm Unabhängige, Linksalternative, eine sogenannte demokratische Koalition und die Uniwatch vertreten. Damit ist eine weitere Studentenvertretung nach rechts gerutscht. Ihr Anspruch, alles besser zu machen, scheitert allerdings täglich. Die Uni Magdeburg wird damit also Teil eines bundesweiten Trends, erkämpfte Freiräume dem parteipolitischen Mainstream zu überlassen. Dabei hatte alles so schön angefangen.

Um die Krawalle der 68er zu kanalisieren, wurde in der BRD begonnen, die Hochschulen in Deutschland demokratischer zu gestalten. Wie bei so vielen reformistischen Bestrebungen blieb die Demokratisierung jedoch folgenlos, denn die wichtigsten Entscheidungsstrukturen wurden so gestaltet, dass sie weiterhin von Professoren vollständig kontrolliert oder zumindest lahmgelegt werden konnten. Die Studierenden durften sich Studentenparlamente wählen, die dann eine Art Studentenregierung, den sogenannten AStA wählten. Zuerst waren diese in der Mehrzahl von Anhängern verschiedener Protestbewegungen besetzt. Über eine lange Zeit hinweg rekrutierte sich ein großer Teil der linksradikalen Szene – Spontis, Autonome, K-Gruppen usw. – aus den Reihen von Studierenden, die auf irgend eine Weise hochschulpolitisch aktiv waren.

Ende der siebziger Jahre begann jedoch ein immer stärkerer Trend, dass hochschulpolitische Gruppen ein Durchlauferhitze für Parteipolitiker wurden. Es ging zunehmend um Macht, Posten und persönliche Eitelkeiten. Ende der neunziger Jahre gab es an immer mehr Unis die abstruse Situation, dass ewig lange Koalitionsverhandlungen die Arbeit einiger ASten völlig lahmlegte. Profitieren konnten davon vornehmlich der RCDS (der Ring Christlich-Demokratischer Studenten) und diverse Burschenschaften, die als vermeintliche Alternative zu den immer dogmatischer auftretenden Linken auftraten.

In Sachsen-Anhalt wurde nach der Wende für die Studierenden dagegen fast so etwas wie

direkte Demokratie eingeführt. Einzelbewerber wurden direkt in einen sogenannten Studentenrat gewählt, ohne den Umweg über ein Studierendenparlament o.ä.. In Magdeburg funktionierte dies zunächst auch ganz gut. Die wenigen Aktiven engagierten sich um der Sache willen, denn Ruhm, Parteiposten oder Macht waren dabei nicht zu erlangen. Dies änderte sich jedoch in dem Moment, als hochschulpolitische Gruppierungen auf den Plan traten. Auslöser war die auch im Störenfried besprochene Diskussion um rechte Tendenzen an der Universität. Liberale, Jusos und RCDS bekamen Angst um ihr Image und schlossen sich in einer "Demokratischen Koalition gegen den Extremismus" zusammen. Ihr Ziel war die Säuberung des StuRas von vermeintlichen Extremisten. Ihr Extremismusbegriff war allerdings sehr weit gefasst. Extremisten waren wahlweise Gewerkschaftsmitglieder, angebliche PDS-Mitglieder, sowie Antirassisten, Studiengebührengegner usw..

Seit nunmehr zwei Jahren sitzen diese Nachwuchspolitiker im Studentenrat. Seitdem werden vor Rechtsextremismus warnende Aufkleber entfernt, die NPD wird als "nicht unbedingt so schlimm" (der Vorsitzende des LesBiSchwulen Referats) bezeichnet und Frauen (bzw. "Muschis" - Äußerung eines Jusos) werden gefragt, ob sie "sexuell unbefriedigt" (ein CDU-Mitglied) seien. Das Denkmal für Henning von Treskow, einem überzeugten Antidemokraten, der wegen seiner Opposition zu Hitler erschossen wurde, soll einen Kranz bekommen. Ein Juso, der auch Mitglied in der Reservistenkameradschaft "Otto-von-Guericke" ist (einige ihrer Mitglieder haben zumindest losen Kontakt zur Kameradschaft Magdeburg) legt auch gerne Kränze am Westfriedhof nieder, in trauter Eintracht mit einem ehemaligen Oberstleutnant der Bundesluftwaffe (ehemals CSU) und rechter Prominenz. Es versteht sich von selbst, dass diese Demokraten die Rasterfahndung gegen ihre arabischen Kommilitonen nicht besonders schlimm fanden. We-

nigstens sorgten sie sich aber in Anträgen um die "moralische Hygiene" im Studentenrat. Der Schritt zur Rassenhygiene ist da nicht mehr weit...

Ein ehemaliges Mitglied veröffentlichte einige dieser Untaten im Internet und wurde prompt von Mitgliedern der liberalen Hochschulgruppe wegen Beleidigung und Verleumdung angezeigt. Der Staatsanwalt allerdings sah keinen Anlass, der Ermittlungen rechtfertigen würde. Auch die anschließende Zivilklage scheiterte kläglich.

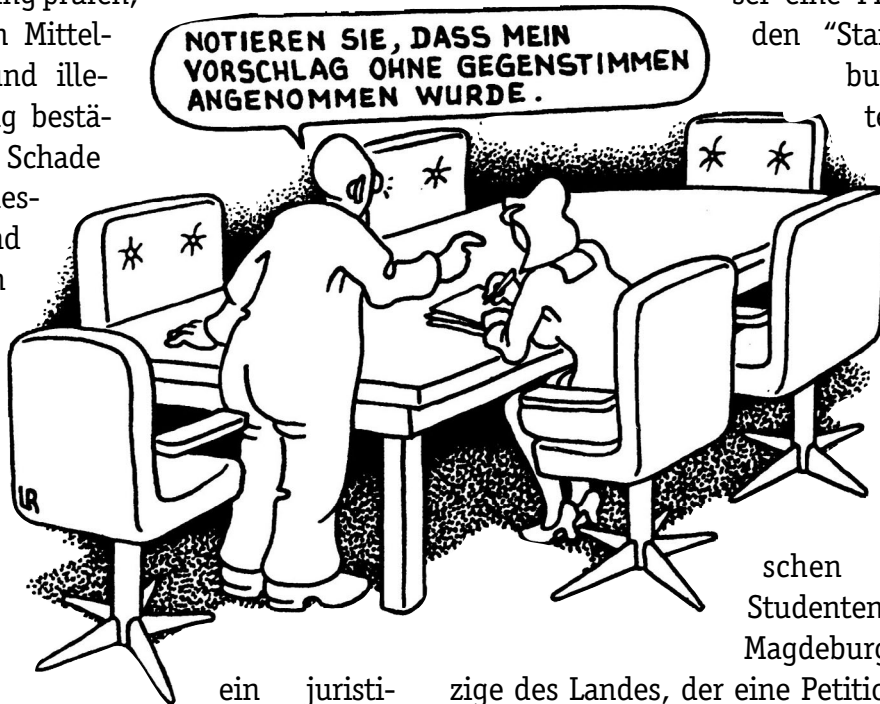
Um aber den übrig gebliebenen Mitgliedern des alten Studentenrates völlig den Garaus zu machen, ließen sie dessen Finanzbuchhaltung in der Hoffnung prüfen, ihre Theorien von Mittelverschwendung und illegaler Bereicherung bestätigen zu können. Schade nur, dass der Landesrechnungshof und eine Innenrevision der Uni keinerlei Hinweise auf irgend welche Verfehlungen feststellen konnten. Um doch noch etwas zu finden, wurde vorgeschlagen, 8500 Euro (!) für ein juristisches Fachgutachten auszugeben. Selbst die beauftragte Anwaltskanzlei wies nach erster Durchsicht aber nachdrücklich darauf hin, dass es nichts strafrechtlich verwertbares gäbe. Die Linken im StuRa waren also weder korrupt noch verschwenderisch. (Kaum zu glauben! - d.S.)

Die "Demokratische Koalition gegen Extremismus" (so benannt im "Elbekurier" einer Publikation der CDU) scheiterte also mit ihrer Desinformationskampagne, schaffte es jedoch innerhalb kürzester Zeit, mit der studentische Bowlingliga und dem Studentenkinos den Kulturbereich des StuRa zu liquidieren. Als nächstes Angriffsziel haben sie sich das Campustheater und P7 gewählt. Sie haben immer noch nicht verstanden,

dass ein Studentenrat auch soziale und kulturelle Verpflichtungen hat und die ihm dafür von Uni und Land zur Verfügung gestellten Mittel auch nutzen und nicht gewinnbringend anlegen soll. Da sie in der Mehrzahl Betriebswirtschaft studieren, meinen sie, die ganze Welt müsse den Dogmen und Ideologien von Adam Smith und anderen Ideologen folgen. Vorstand und Personal im P7, die eine von allen Seiten anerkannte erfolgreiche Arbeit leisten, staunen ob der geballten Inkompetenz der studierten BWLer.

Auch in der Hochschulpolitik werden durch die selbst ernannten Demokraten neue Maßstäbe gesetzt. Sie meinen, ein Studentenrat sei eine PR-Maschine um den "Standort" Magdeburg zu promoten. Kritische Worte gegenüber Rektor oder Landesregierung sind nur dann erwünscht, wenn sie Teil einer politischen Show sind. Der Studentenrat der Uni Magdeburg war der einzige des Landes, der eine Petition für eine umfassende Demokratisierung der Hochschulen des Landes ablehnte.

Sobald offenbar wird, dass eine Kritik an diesen pseudodemokratischen parteipolitischen Hochschulgruppen nicht nur deutlich formuliert, sondern auch ernst gemeint ist und Änderungen angestrebt werden, fühlen sie sich persönlich angegriffen. Das nennen sie dann Extremismus. Dumm nur, dass der ehemalige Sprecher des Studentenrates sich vom Kanzler darüber belehren lassen musste, dass in der Verfassung etwas von Meinungsfreiheit steht und diese nicht nur für den RCDS, sondern auch für freie Gruppierungen gilt. Den Markt- und Machttextremisten der alten und neuen Mitte scheint aber inzwischen ihre eigene Demokratie schon zu radikal zu sein...



Folgenreiches Hochwasser...

...aber ohne Konsequenzen. Von ACN.

Das Hochwasser Mitte/Ende August rief eine unerwartete Solidarität hervor. Leute, die sonst kaum zusammen etwas gemacht hätten, arbeiten plötzlich gemeinsam an Sandsack-Wällen und anderen Hochwasserschutz-Vorrichtungen. Ein kollektives Verantwortungsbewusstsein entwickelte sich. Tausende Menschen wollten etwas zur gemeinsamen guten Sache beisteuern. Soweit, so gut.

Weniger schön ist, was schon im Vorfeld von einigen prognostiziert wurde: Die Ursachen des Hochwassers, Klimaveränderungen und Flussbaumaßnahmen, würden entweder gar nicht oder nur kurzzeitig erkannt werden. Konsequenzen, die an den Ursachen angreifen, würden nicht gezogen werden und werden nicht gezogen.

Durch die Eindeichung der Flüsse, Kanalisierungen, Begradigungen, durch die Zerstörung von Auen und Besiedlung von Überschwemmungsflächen ist das Volumen, das den Flüssen ursprünglich zur Verfügung stand, rapide reduziert worden. Führt ein Fluss nun mehr Wasser als gewöhnlich, kommt es schnell zur Katastrophe. Eine Konsequenz aus dieser Erkenntnis, die auch was an den Ursachen ändern würde, wäre die Renaturierung der Flüsse, der Rückbau von Strombaumaßnahmen. Dazu gehört auch, Überschwemmungsgebiete zur Verfügung zu stellen. Die Dammbüche flussaufwärts, die gleich meterweise ein Sinken des Flusspegels zur Folge hatten, zeigen, wie wichtig Überschwemmungsflächen für den Hochwasserschutz sind. Was nun folgen müsste, wäre also auch ein Rückbau der Siedlungen auf Überschwemmungsflächen. Das darf natürlich nicht zu sozialen Belastungen von Privatpersonen führen. Ein paar Kürzungen bei den staatlichen Subventionen für Konzerne oder im Rüstungsbereich sollten genügen, entsprechende Entschädigungen abzusichern.

Auch die Verursacher der Klimaveränderungen – Verkehr, Energiesektor, Privathaushalte – müssen einbezogen werden. Doch diesen Schritt wird wohl kaum jemand gehen. Diese drei Sektoren tragen die Hauptverantwortung an der Veränderung des Klimas. Dadurch kommt es zu extremen Wettererscheinungen. Es ist zwar nicht direkt nachweisbar

- das ist prinzipiell nicht möglich – aber eine Ursache der starken Regenfälle könnte auch in den Klimaveränderungen liegen.

Verwunderlich war sie schon, diese Solidarität. Andere Katastrophen, die schwerere Folgen haben, erhalten nicht diese Aufmerksamkeit. Erst in dem Moment, wo das Unglück unmittelbar die eigenen Lebensumstände zu treffen scheint, wird die Masse der Menschen aktiv. Klar, die persönliche Betroffenheit ist stärker, die Motivation etwas zu tun, höher. Trotzdem muss die Kritik akzeptiert werden, dass die meisten Menschen sonst kaum einen Gedanken an Solidarität mit Opfern von "Gewalt" leisten. Das Hochwasser ist eine Form von Gewalt, die die Menschen unmittelbar zu spüren bekommen. Andere Gewaltverhältnisse, die nicht so sehr medial bewusst gemacht werden, nehmen die Betroffenen scheinbar weniger oder gar nicht wahr. Die Gewalt, die vom staatlichen Herrschaftssystem ausgeht, die auch und teils viel nachhaltiger die Existenz von Menschen zerstört (repressives Sozialsystem, Polizeiapparat, Militär). Die Gewalt zwischen Menschen in Schule, Beruf und Alltag, wo "im Wettbewerb" die "Stärkeren" die "Schwächeren" rauskicken. Und die Gewalt in der Beziehung – Sexismus, patriarchales Verhalten etc., um nur einige Beispiele zu nennen.

Diese Herrschaftssysteme töten Menschen, verursachen seelische Qualen, schädigen die Gesundheit (Stress, Umweltverschmutzung, Arbeitsunfälle, Verletzungen). Darunter leiden vermutlich mehr Menschen, als an den Folgen des Hochwassers. Doch ein Bewusstsein dafür haben die wenigsten Menschen. Das ist erklärlich, denn Medien, Erziehung, Schule und andere Institutionen prägen das "Mainstream-Denken" stark. Erstmal derartig sozialisiert ist es schwer, diese Herrschaftsverhältnisse als solche zu erkennen, denn sie scheinen ja ganz normal und unvermeidbar. Dieser Mythos von Unvermeidbarkeit wird über die Strukturen, die die Gewalt ausüben, gleichzeitig reproduziert. Eine tiefere Herrschaftsanalyse will und kann ich hier nicht leisten. Doch dazu gibt es schon jede Menge interessanter Texte. Einige sind auf www.projektwerkstatt.de zu finden.

Nazis - Stadtfeld 1:0

Am 06.07.2002 hatten die Gralshüter des Deutschtums in Sachsen-Anhalt wieder einmal eine Demonstration in Magdeburg angemeldet. Diesmal galt es, die Zerstörung ihres geliebten Rattennestes, der Gaststätte "Reinheitsgebot" zu betrauern. Diese wurde kurz zuvor durch einen Brandanschlag zerstört. Ihre Marschroute führte wieder einmal durch Stadtfeld – einem ehemals linken Viertel. Es wird zwar noch immer noch als einer der einzige Stadtteil angesehen, in dem sich die rechte Jugendkultur noch nicht fest etabliert hat, das ehemalige Kiez-Image verblasst aber jeden Tag ein wenig mehr.

Der Slogan der Faschisten war sehr sinnig: "Gegen linken Terror – Antifa verbieten!" Nachdem jedoch Neonazis weite Teile des Landes in national beherrschte Zonen verwandelt haben, sollte man jedoch fragen, wer den Terror ausübt. Die Antifa sollte bei der Gelegenheit also auch noch gleich verboten werden, so forderten sie. An diesem Tag wäre das nicht weiter schlimm gewesen, denn so wie es schien, war die Antifa im Urlaub.

Die linke Gegenveranstaltung auf dem Bahnhofsvorplatz zog nur ca. fünfzig Teilnehmer an. Davon waren ca. 80% noch Schüler und mindestens die Hälfte war bekifft, besoffen oder beides. Was soll so ein Kasperletheater schon gegen körperlich fitte und nüchterne Bullen ausrichten? Die einzige positive Wirkung, die die Anwesenheit der Leute dort hatte war, dass über einen langen Zeitraum hinweg starke Polizeikräfte gebunden waren. Sportliche Kleingruppen hätten also rein theoretisch gute Turnierbedingungen gehabt. Hätten...

Der Stolz des deutschen Volkes schien dagegen halbwegs organisiert zu sein. Von wohlwollenden Polizisten gut geschützt zogen ca. 250 Nazis unbehelligt durch Magdeburg. Verstärkt wurden sie von einem leistungsstarken Lautsprecherwagen und recht geschickt agierenden Fotografen und Filmemachern. Im "Nationalen Beobachter" wurden dann prompt etliche Bilder veröffentlicht, auf denen Menschen mit Kameras zu sehen waren. Dies ist zwar kein Novum, sollte aber als Herausforderung verstanden werden, der man mit mehr Umsicht und Planung sicherlich begegnen kann. Die entschiedensten Gegner der Neofaschisten waren scheinbar genervte Bürger, die warten mussten, bis die Straßenbahn endlich weiterfahren konnte. "Dreckpack", "Steinbruch", "Abschaum", war noch das Mildeste, was eine erboste Dame über die Nazis zu sagen wusste. Leider ließ sie ihrer Wut nicht freien Lauf. Würde nur ein Prozent der Magdeburger Bevölkerung so denken, und dem Denken auch eine Demoteilnahme folgen lassen, wäre für die Nazis schnell Ende im Gelände. Würde...

Ein professionell gestaltetes Flugblatt des AZ, das gut geeignet gewesen wäre, sogenannte normale Bürger zu einer Teilnahme an der Kundgebung einzuladen, wurde überwiegend an jene verteilt, die sowieso schon der Kundgebung wegen gekommen waren. Hätte... aber nein, das hatten wir ja schon. Die Nazis haben erreicht, was sie wollten, ihre grün gekleideten Beschützer ebenso und Stadtfeld ist schon lange nicht mehr links. Scheisse...!

Den ersten Schritt wagen!

Weltweiter Anti-McDonald's-Tag am 16. Oktober

Am 16. Oktober 2002 wird ein kleiner Teil der weltweit 1,5 Millionen bei McDonald's beschäftigten Menschen die ersten tastenden Schritte in Richtung einer besseren Welt machen. Diese Schrift hier ist ein Versuch, zu erklären, was zu erwarten ist, wo diese Idee herkommt, warum sie umgesetzt wird und was wir zu erreichen hoffen.

Was wird am 16. Oktober passieren?

Hunderte von McDonald's ArbeiterInnen, vor allem in England, aber auch in Kontinentaleuropa, Russland, Nordamerika und Australien, werden direkt aktiv werden gegen unsere ‚Arbeitgeber‘. Wir erwarten nicht unbedingt, Streiks zu sehen, ganz gewiß aber Sabotage, passive Resistenz (d. h. alles ein bißchen langsamer), kurze Demonstrationen, Krankmeldungen etc. Es wird die allererste koordinierte, internationale, von uns ArbeiterInnen selbst geführte Mobilisierung bei McDonald's sein. Der 16. Oktober wurde ausgewählt, weil dieser Tag seit Mitte der 1980er der weltweite Anti-McDonald's-Tag ist. So werden - zeitgleich zu unseren Aktionen - auch Menschen, die nicht bei McDonald's arbeiten, aber mit den Arbeitsbedingungen dort, mit der Grausamkeit gegen Tiere und der Umweltzerstörung nicht einverstanden sind, an Aktionen in McDonald's Restaurants beteiligt sein - weltweit! Wir hoffen, daß sich alle Handlungen gegenseitig unterstützen können.

Wo kommt dieser Aktionstag her?

Die Idee einer koordinierten Aktion der ArbeiterInnen am 16. Oktober wurde ur-

sprünglich vor über einem Jahr in der Glasgower Sektion von McDonald's Workers Resistance (MWR) entwickelt. Wenn Du mehr über MWR wissen willst, schau bitte bei <http://mwr.org.uk> vorbei.

Die Glasgower Sektion schlug Aktionen mit folgender Forderung vor:

„Dass alle Angestellten bei McDonald's, weltweit, sich organisieren dürfen, und zwar so wie sie es wollen. Dass sie die Aktivitäten der von ihnen gewählten [oder geschaffenen] Organisationen auch auf dem Gelände der Firma ausüben und Aushänge in den Personalbereichen anbringen dürfen - daß generell der Informationsfluß nicht behindert wird. Dieses Recht auf Organisation und freie Meinungsäußerung sei völlig unabhängig von der Zahl der in der Initiative Engagierten, und keinE EinzigeR darf wegen dieses Engagements Nachteile haben. Diese Forderung erstreckt sich auf die direkt und indirekt bei McDonald's Beschäftigten und umfaßt also beispielsweise auch jene, die das Spielzeug oder die Verpackungen für die Firma herstellen. Unsere Leben mögen verschieden sein, unser Kampf aber ist derselbe. Schließlich fordern wir McDonald's auf, explizit zu formulieren, daß sie nicht Eigentümer ihrer Angestellten sind und also kein Recht haben, diesen zu irgendeiner Zeit vorzuschreiben, was sie glauben und sagen dürfen, und was nicht.“

Warum machen wir Das?

Mit unendlich vielen - legalen und illegalen - Taktiken, uns das Recht auf Organisation vorzuenthalten, versichert sich McDonald's, daß sie uns bei den schlech-

ten Arbeitsbedingungen dennoch die niedrigst möglichen Löhne zahlen können - Arbeitsrecht gibt es hier nicht. Dies nun garantiert maximale Gewinne - oder anders formuliert: wenige Leute werden ziemlich reich, während jene, die die ganze Arbeit leisten, mit dem Mindestlohn auskommen müssen. Das ist noch nicht alles! Indem sie uns das Recht zur [offenen] Organisation vorenthalten, berauben sie uns auch unserer Fähigkeit, die Welt zu verändern - dieses verrückte, zerstörerische, profitorientierte System in eine Gesellschaft zu verwandeln, die in aller Interesse ist.

Was hoffen wir zu erreichen?

Wir wollen der Welt und uns selbst beweisen, daß wir in der Lage sind, uns international zu organisieren und uns nicht an den Linien auf der Landkarte orientieren. Wir wollen uns selbst und der Welt zeigen, daß wir angesichts multinationaler Konzerne nicht machtlos sind, daß es eigentlich wir sind, die ihre Milliarden machen und daß wir fähig und gewillt sind, uns zu organisieren und zu kämpfen.

Wir wollen uns und der Welt zeigen, daß da eine junge Generation von ArbeiterInnen ist, leidenschaftlich und rebellisch, die nicht wie die vorhergehenden Generationen leben will - wir werden unsere Leben nicht aufgeben für eine idiotische Jagd nach Wohlstand, die doch nur jenen nützt, die davon eh schon genug haben. Wir wollen die ersten Schritte wagen in Richtung einer Welt, die für viele, statt für wenige gemacht ist.

Was kannst Du tun?

Mach mit!!! Mach' was am 16. Oktober... Das muß nichts spektakuläres sein: Du könntest Dich krank melden, oder eine Maschine kaputt machen, aus der Kasse klauen, gerade zur Mittagszeit die Arbeit

stoppen, bei viel Betrieb den Strom abschalten, das Essen kostenlos abgeben, besonders langsam arbeiten, „Dienst nach Vorschrift“ machen, die KundInnen über den Tag informieren, die Kühlschränke/Gefriertruhen ausschalten bevor Du gehst, die Schlüssel zu verschlossenen Bereichen verstecken, streiken, nicht lächeln (ja, wie wir's immer tun), sehr tolpatschig werden, etc. Verbreite diese Information. Mach' was mit deinen Kolleginnen und/oder FreundInnen zusammen und benachrichtige uns davon sobald als möglich!

Am Morgen des 16. Oktober werden wir dem McDonald's Hauptsitz eine einzelne Krysantheme senden. Diese Blume war das Symbol der Revolution in Ungarn, die am 16. Oktober 1918 begann. Wir senden sie als Zeichen für unser Ansinnen, eine Welt aufzubauen, in der Menschen wichtiger sind als Profite. Die Krysantheme ist aber auch Symbol des Todes ... so senden wir sie also auch als Vorbote der immanenten Zerstörung von McDonald's und aller Lohnarbeit - wir brauchen sie nicht, und wir wollen sie nicht. In unseren Herzen wächst eine neue Welt, und in diese Richtung unternehmen wir die ersten tastenden Schritte.

Willst Du mehr Informationen zum 16. Oktober, sieh' nach bei

<http://mwr.org.uk>

Wenn Du noch weitere Fragen hast, oder uns wissen lassen willst, daß Du eine Aktion planst, dann kontaktiere bitte info@mwr.org.uk oder MWR, PO Box 3828, Glasgow, G41 1YU

Dieser Text wurde von der Londoner Sektion des MWR verfaßt und von anderen regionalen Gruppen anerkannt und unterstützt.

AntifaWorkCamp 2002

Erlebnisbericht eines Teilnehmers

Mit einem halbzerstörten Fahrrad, mit dem man nur noch bergab fahren konnte, kam ich am Sonntagabend im diesjährigen AntifaWorkCamp an. Dadurch hatte ich gleich zwei Ereignisse verpasst: Am Samstag wurde mit einer Demo, die aber eher schlecht besucht gewesen sein soll (ca.30 Leute), dem Tod von Carlo Giuliani von vor einem Jahr gedacht. Am Sonntag jedoch war Kurt Goldstein als Zeitzeuge eingeladen. Kurt Goldstein war Spanienkämpfer, Auschwitz- und, zum Ende des Krieges, Buchenwaldhäftling. Als jüdischer Kommunist hatte er unglaubliches Glück gehabt und extremes Durchhaltevermögen besessen, um der faschistischen Mordmaschinerie zu entgehen. In seinem Leben soll er ein Vielfaches von dem, was andere Menschen erfuhren, gesehen und erlebt haben, so daß ich wirklich etwas Wichtiges verpasst habe, auch weil er einer des



Die Vorträge waren fundiert und machten das Zuhören und Diskutieren zur Freude.

winzigen Kreises der ehemaligen KZ-Häftlinge ist, die noch in der Lage sind, weitere Strecken zurückzulegen und von ihren Erlebnissen zu berichten. Ich kam gerade so zum abendlichen Plenum. Dort wurden die verschiedenen Arbeitsgruppen gebildet, die meistens verschiedene Freilegungs- und Ausbesserungsarbeiten auf der Fläche des ehemaligen KZ - aber nicht auf der heutigen Gedenkstätte - durchführen sollten. Letzteres wird den WorkcampteilnehmerInnen seit einigen Jahren von der Gedenkstättenleitung verwehrt (siehe auch JW vom 19.7.2002).

Es entstand noch eine Gruppe, die die sogenannten Opferverbände recherchierend durchleuchten, widerlegen und am Ende der Woche mit einer Broschüre angreifen sollte (die Zielgruppe der Opferverbände sind die Entnazifizierungs-„Opfer“ in der SBZ). Hier stieg ich ein. Die Gruppen fuhrn vormittags auf den Ettersberg, wo gearbeitet wurde. Nachmittags gab es Informationsveranstaltungen. Manche Gruppen machten Büchertische, aber im

Allgemeinen geschah nichts besonderes.

Nur an einem Tag hatte eine Gruppe von uns ganz gut daran getan, Pfefferspray beim Bummel durch die Innenstadt dabei zu haben. So ein schrankförmiger Nazi griff die Leute aus einem Auto heraus an, aber konnte dank des Sprays schnell verjagt werden. Ich hatte zu dieser Zeit Wache und war dadurch in Alarmbereitschaft versetzt, aber es blieb alles ruhig. Auch war die Polizei in diesem Jahr deutlich weniger gestresst als im letzten, so daß es keine weiteren Auseinandersetzungen gab. Es gab einige Referate, wobei ich das eines Geschichtspassanten über die Speziallager nach 1945 am besten fand. Er wies uns nach, daß es nach dem Beschluß der Alliierten, Deutschland müßte entnazifiziert werden, in der damaligen Situation erforderlich wurde, sogenannte „Speziallager“ einzurichten. In die wurden verdächtige Deutsche, egal ob wirklich schuldig



AntifaActionGame: Dadaistische Musik in der Weimarer Innenstadt

oder unschuldig, gesperrt. Dies geschah anscheinend in allen Besatzungszonen. Heute sind die Speziallager in der SBZ jedoch "Unrecht", während die der anderen BZ wohlweislich verschwiegen werden, obwohl allein in der ABZ mehr Menschen in den Speziallagern umkamen als in der SBZ. Derselbe Professor referierte dann noch zum Thema Ernst Thälmann und seine Bedeutung in der heutigen Zeit. Dann gab es noch ein Referat zum Thema Armee/ Totalverweigerung. Dabei konnte die FDJ mit einem Mitglied aufwarten, welches zwar beim Bund gedient hatte, allerdings mit dem Vorsatz, Sand im Getriebe zu sein. So konnte widerlegt werden, daß die Bundeswehr eine Armee "gleichberechtigter Staatsbürger in Uniform" sei. Allerdings musste der Referent einräumen, daß es ihm kaum möglich war, die Bundeswehr von innen zu zersetzen (Autonome in die Bundeswehr?!), was mit Sicherheit am Drill und am falschen Kameradentum in der Kampftruppe des deutschen Kapitals lag. Ein

Gelöbnis konnte er allerdings stören, an dem er selber teilnehmen sollte...

Was ich in diesem Jahr allerdings vermißte, war eine Agitpropgruppe, die im letzten Jahr noch dabei war und inhaltlich sehr gute Lieder machte. Wir lebten jedoch nicht nur für uns, wir gingen auch in die Öffentlichkeit. So lasen jeden Nachmittag ein paar unserer Leute antifaschistische Texte auf dem Weimarer Theaterplatz, was ganz gut angekommen sein soll. Erstaunlich gut kam auch die Flugaktion, die wir an der Gedenkstätte und in der Innenstadt veranstalteten, an. Es wurden innerhalb von zwei Stunden so viele verteilt, daß die meisten Leute, die sagten, sie hätten schon ein Blatt, nicht logen. Auf den Blättern beklagten wir uns über die Schwierigkeiten, die die Stadt uns alljährlich beim Finden eines Campplatzes macht und darüber, daß wir seit Jahren nicht mehr auf der Gedenkstätte arbeiten dürfen. Manche Leute fragten, ob sie nicht auf einer Liste für unser Anliegen unterschreiben können und andere spendeten ohne Anfrage etwas. Das Geld wurde am Ende des Camps auch knapp, wir rutschten in die roten Zahlen, weil zuwenig Leute angereist waren (etwa 150 anstelle von 200-250 Erwarteten).

So arbeiteten in einigen Arbeitsprojekten zu wenige Leute, so daß sie nicht alle fertiggestellt werden konnten. Dies lag allerdings auch daran, daß viele Campteilnehmer nicht zur Arbeit kamen, was dadurch gebessert wurde, daß morgens beim Wecken nicht nur der Traumzauberbaum, Peter und der Wolf oder Pittiplatsch zu hören waren, es hatte sich auch jemand gefunden, der mit einem Megaphon an die Zelte ging



Pieeeeep....Aufstehen!...Wir haben alle ganz gute Laune!



Revolutionäre Wachsamkeit.

Straße ansprechen und mit einem Umfragezettel ihr politisches Wissen prüfen. Mitten in der Innenstadt von Weimar ein selbst ausgedachtes Transpi malen und daraufhin (wenn man Lust hat) als Zweimanndemo durch die Stadt ziehen, einen Stapel Flugis verteilen, einen Protestanruf an den Bürgermeister oder seinen Anrufbeantworter unternehmen (Was bei ca. 20 Gruppen bestimmt Eindruck im Amt geschunden hat). Dann sammeln sich alle Gruppen auf einem Platz und geben dort mit Tonnen, Tellern, Tassen, Fahrradklingeln, Trillerpfeifen usw. ein weithin hörbares, schaurig-schönes Konzert, was den Weimarer DadAisten bestimmt gefallen hat. Dann wird spontan eine Demo ohne richtigen Anlaß ausgerufen, ich rief daraufhin die Weimarer Räterepublik aus, Markus stimmte mir zu und rief die Ausweisung aller Nazis aus. So ziehen etwa 60 ständig neue Einfälle ausrufende Jugendliche durch die Weimarer Innenstadt, manchmal verharren sie kurz in Ruhe um dann in Höchststimmung nach vorne zu rasen und so noch mehr Eindruck zu hinterlassen. Diese Stimmung war meiner Meinung nach vorbildlich und fehlt leider auf sehr vielen linken Demos. Die Polizei war vollkommen überrascht, und konnte gar nichts machen, so verlief die ganze Sache auch friedlich, lediglich beschwert haben sie sich hinterher, aber was soll's. Nach einer ziemlich langen Nacht wurden die letzten Adressen ausgetauscht, alles abgebaut und abgereist.



Auf nach Weimar!

AUF EIN NEUES!

Mein Vorschlag: nächstes Jahr fährt die MDer Linke zum Workcamp, und zwar mit Fahrrad! Ich selber habe dies die letzten beiden Jahre durchgezogen. Die Tour würde zwei bis drei Tage lang dauern (ca. 220km) und wäre vielleicht die längste Antifa- Demo, die es bisher in Deutschland gab.

Zelten in Feindesland?

Ein Bericht vom 5. Antirassistisches Workcamp

Vom 12. bis zum 19. Juli fand in Jena das 5. No-Border-Workcamp statt. Dieses Jahr gab es mehrere Camps, die mit den Strassborger-Camp als Höhepunkt und Abschluss zusammenwirkten. Das Jenaer Camp wurde auf einen harten, hügeligen Acker etwas außerhalb der Innenstadt Jenas genehmigt, nachdem die Stadt Plätze in der Nähe der Innenstadt verweigerte. Der Auftakt des Camps begann mit einer Begrüßungsdemo in Jena die von einem starken Polizeiaufgebot begleitet wurde die besonders die Flüchtlinge, die erfreulicherweise relativ zahlreich zugegen waren, beobachteten und auch mit zahlreichen Ausweiskontrollen erniedrigte.

Die Hauptthemen des Camps bezogen sich auf die Flüchtlingsunterkünfte in Jena und Umgebung und deren menschenunwürdigen Zustand der mehr an ein Konzentrationslager erinnerte als an eine Unterkunft, des Weiteren auf die faschistischen Aktivitäten in Thüringen und Carl-Zeiss-Jena als Hauptlieferant von Optikbauteilen für die Bundeswehr. Das Camp selber wurde von den Menschen organisiert die daran teilnahmen und an solidarischer Arbeit interessiert waren. Es gab sehr viele Aufgaben wie z.B. Wachtruppe, Mediengruppe (sogar ein Internetkabinett gab es), Essengruppe, Polizeikontaktgruppe... Gleich am ersten Abend versuchten ca. 20 Nazis, das Camp anzugreifen, haben aber nicht mit der offensiven Entschlossenheit der internationalen Antifas (besonders der Britten) gerechnet und wurden sehr schnell zurückgeschlagen. Wir besuchten in Laufe der Woche mehrere Flüchtlingsunterkünfte, die uns jedes Mal schockierten, weil uns solche Bilder schon aus

dem Hitlerfaschismus bekannt vorkamen. In einem Lager in Makersdorf traf uns wieder mal mit aller Härte der Repressionsapparat des Staates, als uns verboten wurde, die Unterkunft der Flüchtlinge zu verlassen und das Lager von Bullen umstellt wurde. Viele Flüchtlinge hatten Angst, dass ihnen, nachdem wir wieder weg wären, das Leben noch schwerer gemacht wird und vor noch übersteuerten Preisen im einzigen Laden, in dem sie einkaufen können, der auch noch dem Besitzer der Flüchtlingsunterkunft gehört. Nach mehrstündigen Verhandlungen konnten wir endlich weiter zur Demo nach Gera fahren. Diese Demonstration durch die Innenstadt wurde massiv von Bullen bedrängt und auf dem Rückweg wurden alle Fahrzeuge angehalten, die zum Camp zurückwollten („allgemeine“ Verkehrskontrolle).

Die Woche lief so in der Art noch weiter mit RTS-Aktionen usw. und wir machten im verschlafenen Jena genug Radau, damit alle Bürger merkten, dass es auch Menschen gibt, denen Herkunft und Aussehen von Menschen scheißegal ist. Gerade die Diskussionen und die interessanten Gespräche mit Flüchtlingen und die Zusammenarbeit mit ihnen machten die Würze des Camps aus. Als negativer Beigeschmack bleibt die wirklich extreme Repression der Polizei in der Woche und die Frage, was mit den Flüchtlingen passiert, wenn wir wieder weg sind. Alle Menschen, die an praktischer antirassistischer Arbeit interessiert sind, sollten unbedingt am nächsten No-Border-Camp teilnehmen und es unterstützen.



Einfach verrückt

Eine haarsträubende Geschichte

Ein unbekannter Schreiberling, der sich Cajetan Schaltermann nennt, hat der Redaktion die folgende Erzählung zugespielt.

1

Maxe Klinkert hatte in seinem Leben bisher nichts erreicht. Immer wieder hatte er Schiffbruch erlitten und er wußte jetzt auch plötzlich woran es lag. In diesem Moment, als er das riesige Wahlplakat sah, mit der überlebensgroßen grinsenden Visage, die dem »Kleinen Mann« den Himmel auf Erden versprach. In diesem Moment ging ihm ein Licht auf und er faßte spontan einen folgenschweren Entschluß.

Schnellen Schrittes ging er nach Hause, setzte sich an seinen Schreibtisch, nahm ein Blatt Papier, seinen Kugelschreiber mit der hübschen Wahlwerbung und setzte folgendes Schreiben auf:

Strafanzeige wegen Wahlbetrug

Jede der in dieser Anklageschrift aufgeführten Parteien hat mir immer wieder eine rosige Zukunft versprochen.

Zuerst wählte ich die Geier-Partei, die mir einen sicheren Arbeitsplatz mit ständig steigendem Gehalt versprach. Wenig später jedoch, nach ihrem durchschlagendem Wahlerfolg, wurde mein Arbeitsplatz wegen Unrentabilität abgebaut, ich selber wurde neben vielen anderen nutzlos, wurde gekündigt und fand mich somit wenige Wochen nach der Wahl auf der Straße wieder. Ich hatte weniger als zuvor

und musste lernen mich in meinen Ansprüchen einzuschränken.

Bei der nächsten Wahl gab ich der Sichel-Partei meine Stimme, weil die sich gegen eine weitere Erhöhung der Lebensunterhaltungskosten stark machen wollte. Als sich jedoch einige Zeit nach dem eingetretenen Regierungswechsel meine Miete merklich erhöhte, war die Klage groß. Wieder mußte ich meine Ansprüche zurückschrauben und stellte noch dazu fest, daß die Lebensmittelpreise mal wieder angestiegen waren.

Bei der letzten Wahl verhalf ich der Frosch-Partei mit zum Wahlsieg. Auch das war ein Fehler, denn die versprochene Erhöhung der Lebensqualität und ein schonender Umgang mit der Umwelt erwiesen sich als kaltschnäuziger Wahlschwindel. Zudem gab es irgendwo einen Krieg, der finanziert werden mußte, so daß ich wegen fehlender Geldmittel meine Ansprüche auf ein Mindestmaß herabdröseln mußte.

Es reicht! Ich fordere hiermit von den angeführten Parteien meine Stimme zurück.

Mit freundlichem Gruß

Maxe Klinkert

Sorgfältig faltete er das Schreiben zusammen, steckte es in einen Briefumschlag, adressierte den Brief an die zuständige Behörde und brachte ihn schließlich zum Briefkasten, der bald geleert wurde, so daß der Brief schon am nächsten Tag den Adressaten erreichte.

Nachdem der zuständige Sachbearbeiter das Schreiben geöffnet hatte, verfinsterte sich sein Gesicht beim Lesen von Zeile zu Zeile immer mehr, bis er beim Schlußsatz des Schreibens, in dem Maxe Klinkert seine Stimme zurückforderte, in schallendes Gelächter ausbrach und die folgen-schweren Worte sprach: das ist verrückt, einfach verrückt, und sich dabei die Lach-tränen abwischte.

So kam es dann, daß unser Held wenige Tage später Besuch von zwei netten Her-ren mittleren Alters erhielt, die ihn auf-forderten unauffällig mitzukommen, man habe vor, ein klärendes Gespräch mit ihm zu führen und vielleicht sogar ein Ange-bot zu machen.

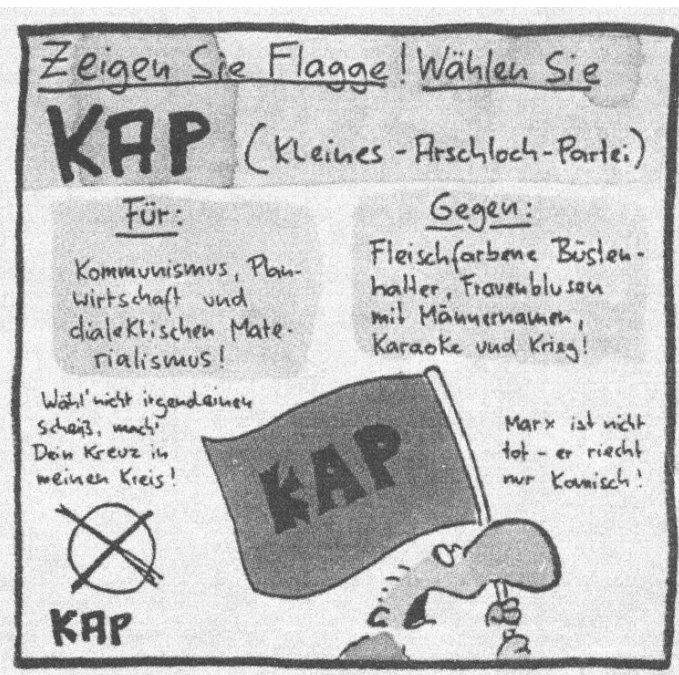
Wie sich herausstellte waren die Herren von der staatlichen Behörde für Meinungsforschung und redeten viel davon, daß ein Freier Mann in einem Freien Land die Freiheit besitzen sein Leben frei zu gestalten und er es durch harte Arbeit zu etwas bringen kann. Dann kamen sie auf seine Straf-anzeige wegen Wahlbetrugs zu sprechen, lobten sein politisches Interesse und boten ihm dann schließlich eine Mitar-beit in ihrem Institut für Meinungsforschung an. Er brauche nichts anderes zu tun als Augen und Ohren offen zu halten. Zu gegebener Zeit werde man wieder mit ihm in Kontakt treten. Sie über-gaben dem verblüfft dreinschauenden Maxe noch einen geschlossenen Briefumschlag und ehe er etwas sagen konnte waren die

Beiden plötzlich wie vom Erdboden ver-schwunden. Das war verrückt.

Was Klinkert nicht wußte, war, daß an der nächsten Straßenecke ein Auto für ihn bereitstand, zum Abtransport in die staatliche Irrenanstalt, falls er Schwierig-keiten machen sollte und Aufsehen erren würde.

Was wird Maxe Klinkert tun, wie wird er sich entscheiden? Läßt er sich mit der Behörde für Meinungsforschung ein, der einzigen Institution die wirklich die Macht in den Händen hält, oder schreckt er vor diesem Schritt zurück? Doch dann ist er reif für die Anstalt. Langsam begriff er seine Lage.

Aber das ist eine andere Geschichte.



2

Als Maxe am anderen Tag erwachte, hatte er einen tüchtigen Brummschädel. Langsam kam ihm die Erinnerung, daß er nach dem Gespräch mit den Meinungsforschern gleich die nächste Eckkneipe aufgesucht hatte, ein Bier, ein Schnaps und so weiter. Ver-

dammt, die Welt hatte sich plötzlich total verändert. Nichts war mehr so wie noch vor einigen Tagen, ehe er sein vermaledeites Pamphlet abgeschickt hatte. War er von Sinnen, verrückt, sich mit dem allmächtigen Staat anzulegen?

Sollte er seine Strafanzeige wegen Wahlbetrugs zurücknehmen und den zuständigen Behörden versichern, das alles nur ein dummes Mißverständnis seinerseits war und er als treuer Staatsbürger, komme

was da wolle, wieder freiwillig und für alle Zeiten an den Freien Wahlen teilnehmen würde?

Und einen weiteren Fehler hatte er begangen. Das Geld aus dem Briefumschlag hatte er für seine Sauf-Tour verwendet, denn blank wie er war und durstig wie er war dachte er nicht lange darüber nach, ob er es verwenden sollte oder nicht.

Nun war er ein Agent der Staatsmacht. Das wurde ihm nun klar. Und die Augen der Staatsmacht hatten auch alles längst registriert.

Und immer noch steht an der nächsten Straßenecke ein Auto für ihn bereit, zum Abtransport in die staatliche Irrenanstalt, falls er Schwierigkeiten machen sollte. Doch so verrückt war er noch nicht.

Der aufmerksame Leser wird schon gemerkt haben, wie sich Maxe Klinkert nun entschieden oder besser gesagt, wie er sich dank seiner Naivität immer weiter aufs Glatteis begeben hat. Bald würde er wieder Besuch erhalten, um seinen ersten Auftrag zu bekommen. Jetzt war er erpreßbar geworden, seinen ersten Judas-Lohn hatte er angenommen und ausgegeben.

Aber das ist eine andere Geschichte.

3

Als es klingelte, war es gerade mal fünf Uhr morgens. Wer mochte das wohl so früh sein. Doch plötzlich war

Klinkerts Schlaftrunkenheit wie weggefegt, wie konnte er das vergessen, das konnte nur einer sein. Die Staatsmacht stand im Gewand von zwei Herren im mittleren Alter vor seiner Wohnungstür und nahm ihn in seine Dienste.

Der Auftrag lautete, die Leute ausfindig zu machen, die in der vergangenen Nacht in der tagsüber stark belebten

Einkaufsstraße im Stadtzentrum die Anti-Wahl-Plakate an den großen Einkaufs-Tempeln angeklebt hatten.

Trotz der eilig eingesetzten Reinigungsgruppen konnte nicht verhindert

werden, daß schon

hunderte von Passanten die Plakate interessiert in Augenschein nehmen konnten. Teilweise bildeten sich sogar kleine diskutierende Grüppchen. Gärt es etwa im Volk? Nein, keineswegs, man war eher belustigt. Das sind doch Spinner, was können wir »kleinen Leute« schon gegen »die da oben« ausrichten.

Einer der Auftraggeber gab Maxe Klinkert noch den Hinweis auf eine Person mit dem Namen Tobias Mühsam und die Adresse einer Einrichtung, wo dieser heute ab, dem späten Nachmittag anzutreffen seien. Ein stadtbekanntes Anarchisten-Nest, von wo immer wieder Hetze gegen die Parteien und gegen den Staat ausging und wo man die Urheber der besagten Plakate vermutete.



Da Maxe noch sehr viel Zeit hatte schlen- derte er gegen Mittag durch die Innen- stadt, in der Hoffnung noch eines dieser Plakate zu sichten. Nach langem Suchen fand er schließlich in einer etwas ver- steckten Ecke ein halb abgerissenes, in Fetzen herunterhängendes Exemplar das aber immer noch so viel Information zu- ließ, daß er vor Staunen nicht sein Maul zubekam.

Das war verrückt. Hier wurde nur in etwas anderen Worten ausgedrückt, was er vor einigen Wochen in seiner Strafan- zeige wegen Wahlbetrugs an die zustän- digen Behörden geschrieben hatte. War er doch nicht so verrückt oder gab es etwa noch andere Leute die noch verrückter waren als er? Er war verwirrt.

Die Leute von der Behörde für Meinungs- forschung beschatteten ihn, er spürte es förmlich, überall sah er sie, die Staats- Beschatter. Und das Auto steht für ihn immer noch bereit, an der nächsten Stra- ßenecke, zum Abtransport in die staat- liche Irrenanstalt, falls er Schwierigkei- ten machen sollte. Er weiß es nur noch nicht.

Was geht mit Maxe Klinkert vor, däm- mert ihm was, geht ihm wieder ein Licht auf wie damals, als er das Wahlplakat mit der grinsenden Politiker-Visage sah, die dem »Kleinen Mann« den Himmel auf Erden versprach.

Wie wird es weitergehn mit unserem Helden? Aber das ist eine andere Ge- schichte.

4

Tobias saß am Tisch und blätterte lustlos in einigen Zeitungen herum. Nie kamen viele Leute in den kleinen Info-Laden in einer versteckten Seitenstraße am Rande des Stadtzentrums. Deshalb erschreck er sichtlich, als plötzlich Maxe in der Tür stand und grüßte. ...

Hier endet die zugespielte Erzählung abrupt. Vielleicht ist der Autor in die Kneipe nebenan gegangen, keiner weiß es so genau. Er hat nur noch die folgende, schlecht lesbare Notiz hinterlassen: Viel- leicht folgt Fortsetzung - Ähnlichkeiten mit lebenden Personen und Orten rein zu- fällig - Handlung frei erfunden.



VINYL CD VIDEO SHIRTS

FIRST & SECOND HAND

MD HEIDESTRASSE 36 MO-FR 11-19.00 DO - 20.00 SA 10-14.00 UHR

aif - indymedia für Sachsen-Anhalt

Selbstdarstellung

Das aif (autonomes informations forum) ist eine art indymedia für Sachsen-Anhalt, es basiert auf dem selben einfachen Prinzip: JedeR kann Beiträge schreiben, welche dann über ein „open posting system“ auf der Seite veröffentlicht werden. Besonders passende oder gute Beiträge werden dann direkt auf der Seite zu sehen sein.

Das aif hat es sich also zur Aufgabe gemacht, den Informationsaustausch, die Kommunikation und die Verbindung der einzelnen linksradikalen Gruppen und Personen in Sachsen-Anhalt zu verbessern,

Ein wichtiges Mittel des Widerstandes gegen die kapitalistischen Zustände ist die Informationstechnologie, denn nur so kann in der heutigen Zeit ein gutes Zusammenwirken möglichst vieler Menschen funktionieren und koordiniert werden.

Das aif soll sich aber keinesfalls nur an linksradikale Gruppen und Personen richten, denn gerade die Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit, die der/die jeweilige AutorIn über die Seite hat, soll genutzt werden, um anderen Menschen linksradikale Positionen und Ideen zu erläutern.



In den Mainstreammedien wird allzu oft einseitig und nicht wahrheitsgemäß berichtet, so dass es dringend notwendig ist, hierzu Alternativen zu schaffen. Als eine solche kann mensch das Autonome Informationsforum ansehen.

Das Kernziel heißt informieren und eine Gegenöffentlichkeit schaffen. Dies geschieht nicht von einer zentralen Stelle, sondern

denn gerade die letzten Monate (Brandanschläge, Demos etc.) haben gezeigt, dass auch eine Region wie Sachsen-Anhalt eine linke Informationsquelle benötigt.

Aus unserer Sicht ist es nicht ausreichend, das Medium indymedia.de zu nutzen, da es sich hier eher um ein bundesweites Projekt handelt und oft viele länderspezifische Informationen fehlen, deswegen ist es wichtig, dass weitere Gruppen ähnliche Projekte in anderen Bundesländern ins Leben rufen.

von unten, durch jeden/jede, der/die Ideen, Lust und Zeit hat, selbst Medien zu machen.

Generell gibt es auf dem aif keine Art von Zensur, aber es gibt auch eine klare Aussage zu faschistischen, rassistischen, sexistischen und menschenverachtenden Beiträgen - diese Art von Meinung hat auf dem aif nichts verloren... (Genau das aber ist Zensur! - d.S.)

<http://www.puk.de/aif/frame.html>

Harry Mulisch: "Das Attentat"

Ein Buchtipp

Holland im letzten Jahr des Zweiten Weltkriegs: Der zwölfjährige Anton Steenweijk lebt mit seinen Eltern und seinem Bruder am Stadtrand von Haarlem. Ein Attentat holländischer Untergrundkämpfer auf einen holländischen Polizisten, der mit der Besatzungsmacht kollaboriert, wird



sein Leben für immer ändern. Innerhalb einiger Stunden verliert er seine Eltern und seinen Bruder, fährt zum ersten Mal in einem Auto, erlebt Hass und Wohlwollen von verschiedenen deutschen Uniformierten und wird zu einer Untergrundkämpferin in die Zelle gesteckt.

Trotzdem entwickelt sich sein Leben äußerlich ganz normal. Er wächst bei Ver-

wandten auf, wird Arzt, heiratet zweimal und wird zweimal Vater. Die Ereignisse des Frühjahrs 1945 scheinen vergessen, doch sie lassen ihn nicht los. Sie belasten ihn nicht wirklich, aber von Zeit zu Zeit kommen Momente, in denen in ihm Dunkelheit ausbricht, aus der heraus Erinnerungen ans Licht drängen. Zudem scheint es, als ob man jedem im Leben mindestens zweimal begegnet. Viele Fragen klären sich nach und nach auf, als er immer wieder durch Zufall an Menschen gerät, die auf irgend eine Weise mit dem Attentat und seinen dramatischen Folgen zusammen hängen.

Viele Romane über den Krieg und all seine Beteiligten sind entweder kitschig, emotional oder moralisierend. Hier jedoch wird auf vordergründiges Pathos verzichtet und Mulisch vermeidet es, seinen Romanfiguren Rollen als eindeutig Gute oder Böse zuzuweisen. Es gibt eigentlich keine richtigen Helden, Märtyrer oder absoluten Fieslinge.

Mulisch selbst ist als Sohn eines Nazi-Kollaborateurs und einer jüdischen Mutter mit Widersprüchen aufgewachsen. Vielleicht kann er deshalb die Komplexität des Lebens unkompliziert und realitätsnah darstellen. Darüber hinaus schreibt er überaus spannend und ohne irgend welche pseudo-intellektuellen Verrenkungen. Wer Walser nicht leiden kann, Reich-Ranicki mag oder einfach nur einen spannenden Roman lesen möchte, sollte sich "Das Attentat" besorgen.

Harry Mulisch: Das Attentat
Rowohlt Taschenbuch Verlag, 2. Auflage,
2001, ISBN 3 499 22797 5

Wie immer werden bei der Zeitungsschau auch die allerneusten gerade eingetroffenen Zeitschriften berücksichtigt.

Zunächst einmal kurz zur Rabenschwarz. Obwohl die Zeitschrift vom Juni stammt, sind die Probleme immer noch sehr aktuell. Das alternative Infoblatt für direct action für Merseburg und Umgebung stellt nach dem leider verschollenen Editorial in der Einleitung die Frage nach Sinn und Unsinn der Zeitschrift "Vielleicht gibt es in Merseburg gar keinen Bedarf mehr dieses Heft zu lesen. Für uns selber setzen wir uns nicht immer solange vor den Computer, bis auch der letzte von uns dicke Kopfschmerzen bekommt." Um der Frustration etwas vorzubeugen halten wir hiermit fest, das dieses Heft auch auswärts gelesen wird. U.a. findet sich in diesem Heft eine Anleitung zur konsequenten Verweigerung der Tabaksteuerabführung und auch die Kolumne über Hannelore K. ist sehr gelungen.

Im iz3w (blätter des Informationszentrums dritte Welt) geht es um den Israel-Palästina-Konflikt, die Entwicklung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Neoliberale "Entwicklungshilfe" von Mexiko bis Panama wird in dem Artikel "Mittelamerika: Trojanische Planwirtschaft" beleuchtet. Weiterhin werden Gelder für Großprojekte wie Staudämme, die Ansiedlung von Weltmarktfabriken und zum Ausbau der Infrastruktur ausgegeben. Diese Ausgaben nutzen aber nur einem kleinen Teil der Bevölkerung, z.B. der "Elite" zum Machterhalt. Durch den Ausbau von Straßen ist die Verlagerung von militärischen Einheiten zur Effektiveren Kontrolle der Bevöl-



kerung besser gewährleistet. Die Strassen bringen dem größten Teil der Bevölkerung allein deswegen keinen Nutzen, weil sie kostenpflichtig sind. Mit dem konkret beschriebenen Projekt, dem Puebla-Panama Entwicklungsplan, sollen u.a. auch die Aufständigen in Chiapas besser unter Kontrolle gebracht werden. Im ausführlichen Teil über Politik und Musik ist u.a. ein Artikel über die politische Philosophie des Punks zu finden. U.a. wird dort ausgeführt, dass die Punkhymne von Slime "Deutschland muss sterben damit wir leben können" bundesverfassungsgerichtlich bestätigt unter die Freiheit von Kunst und Kultur fällt und damit gegen die Zensur geschützt werden müsse. (Anm. d. Red.: Wann wird auch das Zitat von Tucholsky durch ein Gerichtsurteil endlich legal?).

KRISIS

Krisis 25 - Beiträge zur Kritik der Waren-gesellschaft - setzt sich wie gewohnt auf theoretisch hohem Niveau mit dem Thema "Aufklärung" auseinander. Ein Beitrag beschäftigt sich mit Adornos und Horkheimers Kritik der Aufklärung die sich "selbst nicht ganz so geheuer ist und daher an der ein oder anderen Stelle vor sich selbst zurückschreckt". Robert Kurz stellt in einem Artikel unter dem Titel "Blutige Vernunft" 20 Thesen gegen die sogenannte Aufklärung und die "westlichen Werte" vor, in denen er eine radikale Kritik der westlichen "Zivilisation" in ihrer Auseinandersetzung mit der "Barbarei" formuliert. Ernst Lohoff beschäftigt sich mit der Bewegung der Globalisierungskritiker "zwischen Krisenverwaltung und Emanzipation" und Anselm Jappe legt eine fundierte Kritik

des derzeit gerade bei linken Intellektuellen sehr gehypten Buch "Empire" von Negri/Hardt vor. Für die Lektüre der "Krisis" sollte mensch aber genügend Zeit mitbringen – es lohnt sich auf jeden Fall.

Ebenfalls hilfreich für die "Empire"-Diskussion sind zwei Supplements (Beilagen) der Zeitschrift "Sozialismus". Das erste (08/02) ist der "Geschichte der



Imperialismus- und Monopoltheorie" gewidmet. Im ersten der zwei Beiträge wird ein Überblick über die verschiedenen Ansätze der Imperialismustheorie – von den Anfängen, über die Sozialdemokraten Kautsky und Hilferding zu den KommunistInnen Luxemburg und Lenin/Bucharin sowie Eugen Varga. Gerade letzterer ist heute zu Unrecht in Vergessenheit geraten. Im zweiten Beitrag wird dann das Verhältnis "Monopolkapital und neue Globalisierung" thematisiert. Im aktuellen Supplement stellt Joachim Bischoff seine Kritik der Imperialismustheorien vor und thematisiert diese im Kontext der "modernen Kriege". Desweiteren beteiligt er sich in einem Kapitel direkt an der "Empire"-Diskussion und im letzten Kapitel beschäftigt er sich dann mit marxistischer Staatstheorie.



Auch die neue "Arranca" der Berliner Gruppe FelS (Für eine linke Strömung) hat das Schwerpunktthema "Staatsangele-

genheiten". Ihrem begrüßenswertem Ansinnen, eine Debatte um eine aktuelle linke Staatstheorie zu befördern, werden sie aber nur bedingt gerecht. Über einen kurzen Überblick kommt die Arranca nicht hinaus – lesenswert ist das aber allemal. Weiterhin gibt's u.a. einen Artikel über eine selbstorganisierte Gemeindepolizei (!) im mexikanischen Guerrero, wo über 50 Gemeinden inzwischen ihr eigenes Strafrechtssystem geschaffen haben.

Die aktuelle Ausgabe der direkten aktion (#152) bringt u.a. Beiträge zur Diskussion um das "Hartz-Papier", einen kritischen Bericht vom Grenzcamp in Strasbourg und einen sehr lesenswerten Hintergrundartikel zur Überwachung am Arbeitsplatz. Interessant ist auch die schonungslose Kritik der kürzlich in Griechenland zerschlagenen Stadtguerilla "17. November", die trotz ihrer nicht zu übersehenden nationalistischen Ausrichtung (nicht nur) in linken Kreisen sehr populär war bzw. noch immer ist.



Im aktuellen "express" (8/02) kann man sich über dessen nunmehr 40jährige "sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" anhand von ausgewählten Originalbeiträgen älterer Ausgaben informieren.

So das war mal wieder eine Auswahl der aktuellen Zeitschriften im BWA und wer weiteres Interesse hat ist zum Lesen und Stöbern wie immer herzlich eingeladen.

Spassguerilla

Hier wieder ein paar Beispiele aus der Rubrik "Spassguerilla", die wir dem gleichnamigen Buch (Unrast-Verlag Münster 2001, 14,00 Euro) und dem "Handbuch der Kommunikationsguerilla" (autonome a.f.r.i.k.a gruppe) entnommen haben.

Frankfurter Rundschau – Letzte Ausgabe

Im Herbst 1994 tauchten in den Briefkästen in einigen Frankfurter Stadtteilen eine "Letzte Ausgabe" der Frankfurter Rundschau (FR) auf, die der FR in Format, Farbgebung und Layout täuschend ähnlich sah. Das Anliegen der Verteilerinnen bestand darin, den alltäglichen Rassismus der FR zu verdeutlichen und zu zeigen, daß Eine linksliberale Haltung nicht automatisch vor rassistischen Stereotypen bei der Berichterstattung (z.B. über sogenannte "Ausländerkriminalität") schützt. Die fiktive Redaktion veröffentlichte ein ausführliches Interview der FR mit "einigen Autonomen, um jenseits von Schlagzeilen unsere Leser und Leserinnen über die Motivation dieser Gruppen zu informieren". Darüber hinaus übten die Herausgeber in dieser besonderen Ausgabe gegenüber ihren Leserinnen Selbstkritik: "Wir haben uns nicht der Aufklärung, sondern der Manipulation verschrieben." Mit der Aussage: "Wir – die FR, als ein Teil der Medienlandschaft – sind, wenn es um Rassismus geht, ein Teil des Problems" vertraten sie eine für Medienmacher ungewöhnliche Rassismusanalyse. Die beteiligten Gruppen versuchten mit dieser Camouflage die ästhetischen Gewohnheiten von FR-Leserinnen zu nutzen, um in einem größeren Kreis Informationen und Meinungen zum alltäglichen Rassismus in den Medien zu

verbreiten. Gleichzeitig thematisierten sie, dass die FR derartiges natürlich nie veröffentlichten würden. Obwohl diese Camouflage relativ einfach als solche erkennbar war, gab es empörte Anrufe in der FR-Redaktion. Der Chefredakteur der FR versuchte Gelassenheit zu demonstrieren und zog sich auf die antifaschistische Tradition der Zeitung in der unmittelbaren Gründungszeit nach 1945 zurück.

Telefonmann

Im süddeutschen Raum kamen 1995 Kassetten in Umlauf, die von Jugendlichen als Geheimtip weitergegeben wurden und auf zahllosen Parties für minutenlange Lachanfänge sorgten. Bespielt waren sie mit nichts anderem als dem Wortwechsel zwischen einem Anrufer und verschiedenen Telefonistinnen bei der Auskunft. Ein Sprachjongleur türkischer Herkunft, der vier Sprachen fließend beherrscht (Türkisch, Deutsch, Türkisch-Deutsch und Schwäbisch, dazu noch etwas Italienisch-Deutsch) führte darauf alle Möglichkeiten des Nicht- und Falschverstehens vor, die den Alltag von Deutschen und Nichtdeutschen prägen.

Erste Szene:

Er: "Bitte Telfonummer. Des isch in Hrrb."

Die Telefonistin: "Was?"

Er: "In Furrb."

Die Telefonistin (genervt): "Ich kann sie nicht verstehen."

Er (leicht verzweifelt): "Fhrrubb!"

Die Telefonistin (empört): "So macht man im Kindergarten, gell, aber nicht bei uns. Bitte gescheit buchstabieren. K wie Konrad oder C wie Cäsar?"

Er: "Entschuldigung, i kann nicht richtig

gut deutsch spreke."

Die Telefonistin (ultimativ): "Ja, dann tut`s mir leid, dann lernen sie`s und kommen dann wieder." (legt auf)

Er (wütend): "Du Arschloch!"

Ein solches Gespräch beschreibt den Alltag von Menschen ohne bundesdeutschen Paß in Deutschland. Wenn Deutschsprachige sich mit einer solchen Situation konfrontiert sehen, fühlen sie sich auf der richtigen Seite und vergessen das Ganze schnell. Für nicht Deutschsprachige kann



Scheinbesetzung in Stadtfeld

Deutsch wie auch die jeweiligen Dialekte ein unüberwindliches Hindernis darstellen. Was aber diesen Fall von anderen unterscheidet, ist, dass diese Anrufe bei der Auskunft nicht dazu dienen, Telefonnummern zu erfahren, sondern ein Spiel mit Sprachverwirrungen und amtlicher Kommunikation zu treiben. Nach einigen eher kurzen und wenig erfolgreichen Versuchen begann unser Sprachjongleur, die Ge-

sprache mit den Telefonistinnen auf längen über zehn Minuten auszudehnen und legte sich – manchmal sogar in ein und demselben Telefonat – mehrere Rollen zu. Er spielte gleichzeitig neben dem radebrechenden Türken auch den holprig sprechenden Italiener und den breit schwäbelnden Einheimischen.

Zweite Szene:

Er (Salvatore): "Ik mökte Nummer von Caraza."

Die Telefonistin: "Können Sie das buchstabieren?"

Er: "Das ist mit eine Sä. Sie musse mage jetzt die Ha. Un dann die Www."

Die Telefonistin (hilflos): "Ich verstehe Sie nicht. Gibt es bei Ihnen niemand, der Deutsch kann?"

Er: "Oügen, Oüüügen, kommsch du mal bei de Telefon nei?" (Pause; Eugen spricht aus dem Hintergrund) "Was wittsch?"

"Kussmaul, Jetz, was isch?"

(Die Telefonistin bittet ihn, den Namen zu buchstabieren.)

Er (Eugen): "Erscht a Ze ond dann a A ond noh a R wie Ranza voll."

Sie (nicht mehr auf hochdeutsch, sondern nun ebenfalls in breitem schwäbisch): "Mir send net aufm Baurahof!"

Er (Eugen): "Werdet se net frech, i kennt Ihr Vadder sei. Do kennt mr durchs Telefo langa ond dir oene an Riesel nahaua. Da kennt i grad kotza, was i vor acht dag gfressa han. I bin grad narred wia d`Sau!" (Eugen Kussmaul buchstabiert zu Ende.

Es stellt sich heraus, dass es unter dem gesuchten Nachnamen drei Nummern gibt. Eugen meint, die Nummern könnte nun auch wieder Salvatore aufsagen. Salvatore liefert sich mit der Telefonistin ein Wortgefecht aus für beide Seiten unverständlichen Silben, dabei bringt er die Telefonistin dazu, selbst zu buchsta-

bieren. Als nichts mehr geht, mischt sich Eugen Kussmaul wieder ein.)

Er (Eugen): "Salvatore, du bisch riegeldomm."

Die Telefonistin (lacht im Hintergrund und wiederholt, ohne zu merken, dass sie gehört werden kann): "Salvatore, du bisch



riegeldomm. Hihhi!"

(Es stellt sich heraus, dass der angegebene Ort falsch war. Salvatore versucht nun, ihn zu buchstabieren)

Er (Salvatore): "L wie Lugabeitel. Unten wie Hund. Mu wie Mustafa. S wie Siege." (Die Telefonistin bittet darum, wieder Eugen an den Apparat zu holen, dessen schwäbisch auch nicht zur Erhellung beiträgt. Zahlreiche weitere Verwicklungen stellen sich ein.)

Repeat and Fade.

Telefonstreiche sind etwas für Kinder und nicht als Instrument für politische Alltagsaktionen geeignet. Oder? Abgesehen von dem Ärger der armen Telefonistinnen, die in ihrem Job mit unzähligen seltsamen Angeboten und Belästigungen leben müssen, besteht die Bedeutung dieser Aktion und ihre Wirkung darin, dass die Gespräche nicht nur als Privatvergnügen inszeniert, sondern auf Kassetten vervielfältigt in Umlauf gebracht wurden.

Der Witz der Sache liegt nicht nur in der Schadenfreude des Streichs. Über die Situationskomik vermittelt sich eine ganze Reihe von Erkenntnissen, in welcher Weise Sprache die Ausgrenzung von Minderheiten im Alltag fortschreibt, aber auch darüber, welche Vorurteile gegenüber Nichtdeutschen bestehen. Selbstverständlich sprechen viele Immigrantinnen der ersten Generation nur wenig deutsch; durch die Sprache, die Deutsche ihnen gegenüber häufig wählen, nämlich in ebenso bruchstückhaftem "Ausländerdeutsch", grenzen sie sie ein weiteres Mal aus. Nicht wenige Deutschsprachige gehen von vorneherein davon aus, dass, wer nichtdeutscher Herkunft ist, sowieso weder willens noch fähig sei, sich in ganzen deutschen Sätzen zu äußern. Was diese Einstellung in den Telefonaten sichtbar macht und in Frage stellt, ist, dass der Anrufer den schwäbischen Dialekt in gleicher Weise einsetzt, wie das Türkisch- oder Italienerdeutsch. Das schwäbische erscheint in diesem Kontext genauso skurril und unverständlich, und dadurch werden die Hierarchisierungen der verschiedenen Sprachen aufgebrochen. Die Gedanken, zu denen dieser Telefon-Prank anregen, gehen aber noch weiter: Es ist auf einmal nicht mehr selbstverständlich, daß daß Türkisch-deutsch eine defizitäre, wertlose Ausdrucksweise ist, sondern es ist in der Zwischenzeit zu einer

eigenen Sprache geworden. Diese Sprache wird, neben andern, souverän beherrscht und in den entsprechenden Alltagssituationen selbstbewusst eingesetzt, vergleichbar mit dem Englisch der Afro-Americans in den USA, das sich nicht nur als Alltags- sondern auch als Musiksprache etabliert hat.

Weg mit den Bäumen!

November `81, die Rodung im Tegeler Forst schien unmittelbar bevorzustehen. Am 24.11.81 gibt es in Tegel ein Flugblatt des "Polizeipräsidenten": Der Tegeler Forst wird darin zum Sperrbezirk erklärt und die Tegeler werden inständig darum gebeten, den Rodungen nicht durch "Spaziergänge" in die Quere zu kommen.

Am 30.11.81 besetzen 35 Leute für 10 Min. die Kreuzung Mehringdamm/Gneisenaustraße und legen tote Bäume auf die Straßen. Sie verteilen auch Einladungen zu einem "Preisausschreiben des Senats" unter dem Motto "Weg mit den 80.000 Bäumen in Tegel". Der beste Vorschlag für die "Gestaltung einer pflanzenfreien Umwelt" soll ausgezeichnet werden.

1. Preis: Ein "zubetonierter Kleingarten an der Autobahn" – durch den Tegeler Forst sollte die von vielen für überflüssig angesehene Autobahn nach Hamburg gelegt werden.

Ebenfalls im November `81 erhielten 100.000 Haushalte eine "Offizielle" Aufforderung, sich an dem "Losverfahren zur Vergabe der 17.000 Atomsicheren Bunkerplätze" zu beteiligen. Bei dieser Aktion wurden 4 Leute geschnappt und am 11.08.82 freigesprochen. Der Richter folgte ihrer Begründung, es handle sich um eine "politische Satire".

Der Störenfried im Abo

Wer in Zukunft immer aktuell informiert sein will, der kann unsere Kollektion journalistischer Laienkunst auch im Abo beziehen. Dafür braucht ihr euch nun maximal noch bis zum Briefkasten schleppen - und seid trotzdem über den Stand der Vorbereitungen zur Weltrevolution informiert. Allerdings hat das auch seinen Preis: zusätzlich zu den Kopierkosten von 0,80 kommen noch die für die deutsche Post in Höhe von rund 0,50 Öros. Macht nach Adam Ries und beide Augen zugedrückt 5 Euro für's Jahresabo.

Ist Euch zu wenig? Dann könnt ihr natürlich auch nach Gutdünken mehr Kohle rüberwachsen lassen und damit - ohne weitere eigene Anstrengungen - das Erstarken der revolutionären Klasse in Magdeburg beschleunigen.

Das Geld dann einfach als Schein(e) - notfalls auch Briefmarken - an die Adresse auf der letzten Umschlagseite schicken und schon kommt das Magdeburger Zentralorgan für Agitprop bequem ins Haus.

Anmerkung

Wir möchten Euch an dieser Stelle wieder aufrufen, uns rechtzeitig Eure Termine zukommen zu lassen - Kontaktadressen findet Ihr auf der letzten Umschlagseite. Am günstigsten für uns ist natürlich eine Zusendung per Mail, damit sparen wir uns das mühselige Abtippen.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 15. Dezember 2002.

Alternatives Leben in Magdeburg

ULRIKE-Soli-Abend

06.10., 20.00 Uhr Thiembuktu (Thiemstr. 13), Magdeburg-Buckau

Politisches Straßenfest

07.10. ab 11:00 in der Magdeburger Fußgängerzone

<http://www.antiatom.de/magdeburg/>

Direkte Demokratie

Tagesstand mit Info-Bus auf dem Magdeburger Marktplatz

Podiumsdiskussion „Machen sich Parteien überflüssig“,

Kooperationsveranstaltung mit Omnibus GmbH für Direkte Demokratie

07.-8.10., 18.00 Uhr Magdeburg

Ort der Podiumsdiskussion:

Ebendorferstr.3, 39108 Magdeburg

und am 09.10., 18.00 Uhr Bürgerhaus am Markt, 06366 Köthen

sowie am 11.-13.10. auf dem Hallenser Hallmarkt

www.bildungsverein-elbe-saale.de

Die PDS und die Stammzellen

Eine bioethische Reflexion von Prof. Reinhard Mocek

(gemeinsam mit Humanistischen Verband)

09.10., 15.30 Uhr Ort:Gustav-Bachmann-Str.33, 06130 Halle

www.bildungsverein-elbe-saale.de

Religiöser Fundamentalismus im Islam und anderswo

Gemeinsame Veranstaltung mit Senioren-Kreativ-Verein e.V.

Referentin: Dr. Karin Rührdanz

Mi. 09.10., 15.00 Uhr Böllberger Weg 189, 06110 Halle

www.bildungsverein-elbe-saale.de

Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft“

Vortrag zum gleichnamigen Buch mit dem Autor Dr. Ulrich Busch, Berlin

Do. 10.10., 18.00 Uhr Galeriecafe,

Schlossstr.10, 06844 Dessau

www.bildungsverein-elbe-saale.de

Die Atom-Connection

Anti-Atom- Plenum, anschließend Video

11.10.,17.00 Uhr im Thiembuktu

(Thiemstr. 13), Magdeburg-Buckau

Wir sind das Volk - aber wie?

Wie viel Vertrauen verdienen Politiker?

Bücher zu Fragen unserer Zeit

Referent: Horst Blanke

14.10., 15 Uhr Ebendorfer Str. 3, 4. Etage, 39108 Magdeburg

www.bildungsverein-elbe-saale.de

Kreative Antirepression

14.10., 20.00 Uhr im Thiembuktu

(Thiemstr. 13), Magdeburg

Vernetzungstreffen

Vernetzungstreffen der emanzipatorischen Gruppen Magdeburgs

15.10., 17.00 Uhr im BUND-Seminarraum

(Olvenstedter Str. 10), Magdeburg

Weltweiter Anti-McDonald's-Tag

Am 16.10. in Deiner McDoof-Filiale!

(Siehe dazu den Artikel auf S. 30)

Muss Demokratie am Werktor enden?

Brachten 50 Jahre Betriebsverfassungsgesetz wirklich echte Mitbestimmung?

17.10., 16.30 Uhr im DGB-Haus (Otto-

von-Guericke-Str. 6), Magdeburg

<http://www.bildungsverein-elbe-saale.de>

Rudi Dutschke

Der Studentenfürer der 68er Studentenbewegung.

Referent: Wolfram Tschiche

17.10., 17.30 Uhr einewelthaus,

Schellingstr.3-4, 39104 Magdeburg

www.bildungsverein-elbe-saale.de

Sex mit Lust und ohne Grenzen

Eröffnungsveranstaltung der

Frauengesundheitstage der Stadt Halle

17.10., Info's über Geschäftsstelle Halle,

Blumenstr.16, 06108 Halle/Saale

Tel: 0345/2025595, www.bildungsverein-elbe-saale.de

Nattyflo & Nosliw

backed by One Drop Band (Dancehallreggae)

18.10. Reichenstr. Quedlinburg

<http://www.reichenstrasse.de/>

Projekt „Löwenzahn“

Ein neues Projekthaus für Buckau

18.10., 18.00 Uhr Café im Thiembuktu

(Thiemstr. 13), Magdeburg

Die Kunst, gut zu leben: Was ist Glück?

Seminarleiter: Wolfram Tschiche

18./19.10., einewelthaus,

Schellingstr.3-4, 39104 Magdeburg

www.bildungsverein-elbe-saale.de

Traditionen der Linken

Von A wie Antisemitismus bis Z wie

Zellenbildung. Ein Blick in die

Kulturformen der Linken von der

kiffenden WG und besetzten Häusern und

revolutionärer Disziplin, realsozialisti-

scher Spießigkeit und Militanzdebatte...

Theoretische Hintergründe und Platten,

Klamotten, Filme, Arbeiterlied & Punk

und Hippie bis Hip Hop.

18.-20.10. JH Dessau

<http://www.jungdemokratinnen.de/sachsen-anhalt/>

Alle Menschen werden Brüder!?

Feministische Sprachkritik

Referentin: Dr. Elenora Pfeifer

22.10., 17.30 Uhr einewelthaus,

Schellingstr.3-4, 39104 Magdeburg

Alternatives Jugendzentrum Dessau

Tel. (0340) 2660211 FAX: (0340) 2660212, AJZ-Dessau@web.de

AJZ e.V.

Schlachthofstraße 25

06844 Dessau

Aufruf zur Spendenaktion für die vom Hochwasser beschädigte Gedenkstätte Theresienstadt

Nach zahlreichen nationalen Spendenaufrufen in ganz Deutschland möchten wir heute auf einen vom Hochwasser verursachten Schaden hinweisen, der grundsätzlich durchaus nationale Wurzeln hat. Die Rede ist von der Holocaust-Gedenkstätte Theresienstadt.

Dort hat das Hochwasser einen derzeit schätzungsweise bei 2 Mio. € liegenden Schaden verursacht. Im Ghetto-Museum, der „Kleinen Festung“ und in den Gebäuden der Begegnungsstätte stand das Wasser 1,50-2 m hoch. Viele Archivgegenstände, technische Ausrüstungsgegenstände und Gebäude selbst sind beschädigt oder zerstört. Nachdem wir beschlossen hatten, in Dessau am 19. Oktober 2002 eine Veranstaltung zu organisieren, deren Erlös der Gedenkstätte Theresienstadt zugute kommen soll, kam uns der Gedanke, dass mit Bestimmtheit auch andere Organisationen in vielen Städten Sachsen-Anhaltes Handlungsbedarf sehen werden.

Wir rufen deshalb alle auf, denen die Bewahrung der Erinnerung am Herzen liegt, sich uns anzuschließen. Gern unterstützen wir Euch bei der Organisation von Veranstaltungen. Gelegenheiten, Spenden zu sammeln gibt es viele!!!

Zur Koordinierung der Spendenaktion bitten wir Euch, falls Ihr Interesse habt, Euch zu beteiligen, Verbindung zu uns aufzunehmen.

KEIN VERGEBEN UND VERGESSEN! Unterstützt die Wiederherstellung der GEDENKSTÄTTE Theresienstadt!

AJZ-Spendenkonto: Kto.-Nr.: 31 000 156 BLZ: 800 535 72 (Stadtsparkasse Dessau), Stichwort: Theresienstadt

www.bildungsverein-elbe-saale.de

Die Kubakrise 1962 - Bedrohung für den Weltfrieden?

Referent: Dr. Gerhard Krack
23.10., 15.30 Uhr Gustav-Bachmann-Str.33, 06130 Halle
<http://www.bildungsverein-elbe-saale.de>

Planetenreise

Ein abend mit dem kleinen Prinzen
Mittwoch, 23.10., 20 Uhr, Thiembuktu (Thiemstr. 13), Magdeburg-Buckau

Gothic Pogo Party

DJ: Darkland (Dessau)
Style: Gothic, Rock, NDW, Punk ...
26.10., 21 Uhr Beatclub Dessau
Humperdinckstr. (www.beat-club.org)

Gutes Wetter – schlechtes Klima ?

Montag, 28.10., 20 Uhr, Thiembuktu (Thiemstr. 13), Magdeburg-Buckau

Lieder um „Katjuscha“

Pioniere meer
Mittwoch, 30.10., 20 Uhr

CASTOR ALARM

Transport aus La Hague nach Gorleben
28.10. bis 15.11.
<http://www.antiatom.de/magdeburg/>

Ökonux Conference 2002

Freie Software-Entwicklung -
Verwertungsfreiheit, individuelle
Selbstentfaltung, kollektive
Selbstorganisation und globale
Vernetzung.
01.11.2002 - 03.11., Berlin, TU
<http://www.oekonux-konferenz.de>

Kampagne gegen Abschiebungen, Abschiebeknäste und Abschiebelager

Aktionstag(e) gegen das Universum der Lager und Knäste in Deutschland und Europa.

Wir rufen dazu auf, am 02.11.02 einen „Tag der offenen Türen“ zu begehen.
02.11., bundesweit
<http://www.abschiebehaft.de>

Rhetorik Seminar I

Tipps gegen die Angst vorm Reden
- Handwerkliches zum Thema
Diskussionsbeiträge und Vorträge. Mit praktischen Übungen.
08. bis 10.11. JH Magdeburg
<http://www.jungdemokratinnen.de/sachsen-anhalt/>

Zukunftswerkstatt des AntiCastorNetz

Selbstkritik & Weiterentwicklung
16. u.17.11., Magdeburg
<http://www.antiatom.de/magdeburg/>

Das Kapital

Wie aktuell ist das vor 135 Jahren in Hamburg erschiene „Kapital“ von Karl Marx und Friedrich Engels heute noch?
21.11., 16.30 Uhr im DGB-Haus (Otto-von-Guericke-Str. 6), Magdeburg
<http://www.bildungsverein-elbe-saale.de>

Argentinien: globaler Aktionstag am 20. Dezember

Tage des sozialen Ungehorsams in Solidarität mit der argentinischen Rebellion am 20./21. Dezember 2001
Bundesweit.
Dazu wird auch im Blaue Welt Archiv eine Veranstaltung stattfinden - genaueres gibt's zu gegebener Zeit auf unserer Web-Seite.

Kontaktadressen:

Anti-Castor-Netz Magdeburg

c/o BUND, Olvenstedter Str. 10
<http://www.antiatom.de/magdeburg/>

Autonomer Zusammenschluß MD

MAGMA, PF1751, 39007 MD
Email: azmagdeburg@hotmail.com
<http://www.az-md.org/>

Thiemstrasse 13 - 39104 Magdeburg · blaue-welt-archiv@web.de
blaue welt archiv 

Thiemstraße 13, 39104 MD
(Buckau)
Email: Blaue-Welt-Archiv@web.de
Web: <http://www.bwa.black-red.de/>
Telefon: 0391/40829081
Öffnungszeiten: mittwochs von 17-19.30
Uhr.

Die Gruppe MD

Info-Pool im Web.
Postfach 1943
39009 Magdeburg
Email: mailto@die-gruppe-md.de
<http://www.die-gruppe-md.de>



bes (Bildungsverein Elbe-Saale)

Landesgeschäftsstelle
Ebendorfer Straße 3
Telefon und Fax: 0391/7324980
39108 Magdeburg
<http://www.bildungsverein-elbe-saale.de>
Email: [bildungverein.elbe-saale@t-online.de](mailto:bildungsverein.elbe-saale@t-online.de)



Freie ArbeiterInnen Union MD

(Anarchistische Gewerkschaftsinitiative)
Email: fau.md@fau.org

Altmark Antifa

Postfach 1146
29401 Salzwedel
Tel. 0160/8228241
altmarkantifa@hotmail.com

jungdemokratInnen - junge linke

<http://www.jungdemokratinnen.de/lisa>
c/o IVVdN, Ebendorfer Str. 3, 39108 MD
0177/6378066 (Stefan)
Email: lisa@jungdemokratinnen.de
Büroöffnungszeit jeden Dienstag ab 17.00
Uhr in der Ebendorfer Str.3

red action magdeburg

<http://www.red-action-magdeburg.de>
red_action_magdeburg@hotmail.com

Rote Hilfe MD

Email: magdeburg@rote-hilfe.de
<http://www.rote-hilfe.de/magdeburg/>



Wabe e.V. (Wohnprojekthaus)

Thiemstraße 13, 39104 Magdeburg
Wabe e.V. hat auch ein eigenes Café mit dem schönen Namen „ThiemBuktu“
Öffnungszeiten:
Mittwoch und Sonntag ab 20.00 Uhr
Jeden Dienstag von 9-13 Uhr Sozialhilfeberatung.

Venceremos

Linksradikale Gruppe aus Magdeburg
E-Mail: venceremos_md@gmx.de
Homepage: www.venceremos-md.org

Ulrike-Meinhof-Haus

Aus lauter Dankbarkeit von der Stadt geschlossen - bis auf weiteres!



Kontakt:

Der Störenfried

c/o Blaue Welt Archiv

Thiemstraße 13

39104 Magdeburg

eMail: blaue-welt-archiv@web.de

Web: <http://www.black-red.de>

ViSdP: W. Wunderer
